Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4536 und Volksbuchhandlung (Siegerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 143. Mittwoch, 22. Juni 1927. 2. Jahrgang.

Einig mit Stresemann.

Amtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett nahm in seiner am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundsrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

*

In der Provinz heult und tobt die deutschnationale Intelligenzpresse gegen Stresemann und alles, was mit Genf und Locarno zusammenhängt, lästert den Völkerbund und freut sich, daß Poincare am Sonntag wieder eine so schöne Rede gegen die Verständigungspolitik gehalten hat, wodurch dem nationalistischen Völkerhaß hoffentlich bald wieder freie Bahn geschaffen wird. Zu gleicher Zeit sprechen die deutschnationalen Minister Herrn Stresemann ihren Dank und ihr Vertrauen aus. Wenn die Deutschnationalen, wie es nach den aufgeregten Auslassungen ihrer Presse scheinen könnte, eine Kritik an der Geringfügigkeit der in Genf erzielten Resultate üben und gleichzeitig Vorwürfe wegen der Zugeständnisse in der Frage der Ostsetzungen erheben werden, so wird man ihnen mit Recht erwidern, daß keine Konzession gemacht worden ist, mit der ihre eigenen Vertreter im Kabinett nicht einverstanden waren. Und außerdem werden ihnen die Sozialdemokraten den Hinweis darauf nicht schenken, daß gerade seitdem die Freunde des Grafen Westarp in der Regierung sitzen, in der auswärtigen Politik auch nicht mehr der geringste Erfolg erzielt worden ist.

Die auswärtige Politik wird voraussichtlich am Donnerstag im Anschluß an eine sozialdemokratische und kommunistische Interpellation Gegenstand der Behandlung im Plenum des Reichstages sein. Auf eine vorherige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses legt Herr Stresemann keinen Wert. Er hat also nicht das Bedürfnis, sich über die Genfer Vorgänge vor einem Gremium zu äußern, dessen Besprechungen vertraulich sind, und man darf daraus hoffentlich den Schluß ziehen, das er bereit ist, in der Oeffentlichkeit freimütig nicht nur über die eigentliche Ratstagung, sondern auch über die privaten Konferenzen der Ratsdelegierten zu sprechen. Es muß ihm schließlich daran gelegen sein, den Deutschen Reichstag und das deutsche Volk aus dem Bereich von allerlei Kombinationen und Vermutungen auf den festen Boden der Wirklichkeit zu führen und ihm insbesondere darüber Klarheit zu verschaffen, welche Stellung die Vertreter der Großmächte in Genf zu dem russischen Fragenkomplex eingenommen haben.

Von den beiden Interpellationen ist die sozialdemokratische mit Absicht sehr allgemein gehalten, da sie nur den Zweck verfolgte, den Außenminister überhaupt zu einer Erklärung vor dem Plenum zu veranlassen. Die kommunistische knüpft an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland an, stellt die Einleitung eines „diplomatischen, ideologischen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Kreuzzuges unter Führung Englands gegen die Sowjetrepublik" als sichere Tatsache hin und verlangt von der Reichsregierung eine Rechtfertigung für ihr Einschwenken in die Antirußlandfront und für ihre imperialistische Politik.

Die kommunistischen Fragen, denen somit die Interpellanten die Antworten sozusagen selbst beifügen, dürften dem Reichsaußenminister nicht allzuviel Kopfschmerzen machen. Er wird einfach sagen, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, falsch sind. Deutschland nicht in eine antirussische Front eingeschwenkt ist und Chamberlain an die deutsche Regierung keinerlei Aufforderung zu einem solchen Manöver gerichtet hat. Er kann sich dann schließlich auch noch auf die Aeußerung der „Iswestija" berufen, die ganz im Gegensatz zu den deutschen Kommunisten, die wieder einmal russischer sind als die Russen selbst, ein Abweichen Deutschlands von der Linie der Neutralität in Abrede stellt und die deutsche Politik fast dazu beglückwünscht, daß sie sich auf diese Weise freie Hand bewahrt habe.

Gerade die kommunistische Interpellation wird Stresemann die Rechtfertigung bringen, die er sich selber wünscht.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben inzwischen ebenfalls eine Interpellation über die Außenpolitik eingereicht. Sie werden sich jedoch voraussichtlich an der außenpolitischen Debatte nicht beteiligen, sondern ihre Auffassung in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck bringen lassen.

Also: Sieg Stresemanns auf der ganzen Linie, trotz offenkundigsten Mißerfolges! So gut möchten es vielleicht die Minister in anderen Ländern, wo der Erfolg entscheidet, auch mal haben.

*

Kommentar.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Zu der Haltung des Kabinetts gegenüber Stresemann schreibt die „Tägliche Rundschau": „Man wird wohl in der Annahme nicht fehl gehen, daß der Dank, den das Kabinett der Delegation aussprach, zugleich eine Billigung für die Haltung der Delegation war. Wie verlautet, hat der Verlauf der Besprechung gezeigt, daß das Kabinett in allen wesentlichen Punkten mit der Haltung der Delegation einverstanden ist. Besondere Wichtigkeit wird man dem Schlußsatz der amtlichen Mitteilung beimessen können. Es geht daraus hervor, daß das Kabinett von vornherein die Verantwortung für die Erklärungen mit übernimmt, die Stresemann in der bevorstehenden Aussprache des Reichstages über die Genfer Tagung abgeben wird".

Der „Vorwärts" bemerkt: „Nach den Angriffen, die die Tätigkeit der deutschen Delegation in den Blättern der Rechten gefunden hat, ist die Meldung, daß ihr vom Reichskabinett der Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen wurde, von einer gewissen politischen Bedeutung. Das Bürgerblockkabinett hält also die Solidarität mit Stresemann, der von der Deutschnationalen Presse so heftig befehdet wird, wenigstens nach außen, aufrecht, allerdings wäre es unvorsichtig, wenn man aus dieser Meldung auf die innere Geschlossenheit des Kabinetts einen Schluß ziehen wollte".

Erhöhung der Beamtengehälter.

Nicht vor dem 1. Oktober.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages befaßte sich am Montag mit der Neuregelung der Besoldungsordnung. Abg. Brodauf (Dem.) ersuchte die Reichsregierung, eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung, rückwirkend ab 1. April, alsbald einzubringen, so daß sie noch vor den Sommerferien des Reichstages in Kraft treten kann oder doch ab 1. Juli mindestens Vorauszahlungen auf die Erhöhung erfolgen können. Abg. Bender (Soz.) verlangte, daß den Reichsbeamten der Besoldungsgruppen 1 bis 7 rückwirkend auf die neue Besoldungsordnung vom 1. April ab Vorauszahlungen in der Höhe von 20 RM monatlich gezahlt werden sollen. Entsprechende Vorauszahlungen sollen auch den Empfängern von Wartegeld, Ruhegehalt, Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenbezügen gewährt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab darauf die Erklärung ab, daß die Reichsregierung sich entschlossen habe, ab 1. Oktober eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung durchzuführen. Hiervon sollen aber nicht nur einzelne, sondern alle Besoldungsgruppen erfaßt werden. Die Gehaltserhöhung würde für das Reich einen Mehraufwand von weit über 100 Millionen Mark erfordern, ohne Berücksichtigung der Kosten für die Beamten der Eisenbahn und der Postverwaltung. Automatisch müssen dann natürlich auch die Bezüge der Kriegsbeschädigten erhöht werden. Dadurch würde der Gesamtmehrbetrag

mehrere hundert Millionen Mark

ausmachen. Die Erhöhungen könnten natürlich nur dann eintreten, wenn bis zum Herbst keine wirtschaftliche Katastrophe eintritt. Für die Deckung müßte natürlich auch Post- und Eisenbahn aufkommen. Ferner sei zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen folgen soll und ebenso die Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechende Berücksichtigung finden. Natürlich müßten diesen allgemeinen Erhöhungen auch die Länder und Gemeinden folgen. Irgendwelche Zuschüsse könne das Reich aber dafür nicht in Aussicht stellen. Die Mehrkosten müßten Länder und Gemeinden selber aufbringen. Vor dem 1. Oktober aber sei diese große Belastung finanziell nicht tragbar.

Die Besoldungserhöhung wird am nächsten Freitag vom Haushaltungsausschuß in Anwesenheit der Finanzminister der Länder weiter geprüft.

Unzufriedene Agrarier.

Die beabsichtigten Zölle sind noch lange nicht hoch genug.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Der Reichslandbund bezeichnet in einer Erklärung die in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze als eine schwere Enttäuschung für die Landwirtschaft. Ein autonomer Kartoffelzoll von 1 Mark für den Doppelzentner sei völlig unzureichend. Er erwarte vom Reichstag eine erhebliche Heraufsetzung des autonomen Satzes. Ferner bedauert der Reichslandbund, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende, für Frischmilch überhaupt keine Zollregelung vorgesehen ist. Diesen Fehler der beabsichtigten Tarifregelung müsse der Reichstag ausgleichen. Reichsregierung und Reichstag dürften in kommenden Handelsvertragsverhandlungen unter keinen Umständen eine Schädigung der deutschen Schweinehaltung zulassen. Zusammenfassend wird erklärt, daß der Reichslandbund in der vom Reichskabinett geplanten Neuregelung des Zolltarifes eine Schädigung der Grundlagen insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft und der ländlichen Neusiedlungen erblicken müsse.

*

Die demokratische Reichstagsfraktion

hat am Montag an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Vorlage über die Verlängerung des Zolltarifes und der Erhöhung einer der wichtigsten Tarifsätze bisher dem Reichstage nicht unterbreitet worden ist. Gleichzeitig wird angekündigt, daß die demokratische Fraktion dem Versuch, in letzter Stunde vor den Ferien die Durchpeitschung der Vorlage zu erzwingen, entschiedenen Widerspruch entgegensetzen würde.

Hindenburgfeier.

Zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten am 2. Oktober.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Das Reichskabinett hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten am 2. Oktober beschäftigt und beschlossen: 1. Eine Hindenburgspende zu veranstalten, die vor allem den Kriegshinterbliebenen zufließen soll; 2. eine Hindenburgbriefmarke zu schaffen. Diese Marke wird am 2. Oktober als Wohlfahrtsmarke in den Verkehr gelangen. Sie wird mit dem doppelten Preis verkauft werden und der Mehrerlös soll für soziale Rentner, notleidende Mittelstandsangehörige usw. Verwendung finden. Voraussichtlich wird die Marke in drei Werten zu 5, 10 und 20 Pfennig ausgegeben werden. Sie trägt das Bild des Reichspräsidenten und die Aufschrift: „2. Oktober 1847 — 1927".

Begräbnis der Postgebühren-Erhöhung.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Die Vorlage auf Erhöhung der Rundfunkgebühr von 2 auf 3 Mark, die dem Verwaltungsrat der Reichspost zugegangen war, ist zusammen mit der Vorlage der Portoerhöhungen zurückgezogen worden und soll auch nicht mehr zum Vorschein kommen, zumal man durch zahlreiche Abbestellungen keinen wesentlichen finanziellen Mehrertrag erwartet.

Das Schankstätten-Gesetz.

Die gestrige Reichstagsdebatte über den Alkohol.

Die Montagsitzung des Reichstages wurde mit der ersten Beratung des Schankstättengesetzes ausgefüllt. Seit einer Reihe von Jahren beschäftigt sich das Parlament öfters mit der Alkoholfrage, ein sichen für die wachsende Erkenntnis, daß der Alkoholverbrauch eine bedeutende volkswirtschaftliche und kulturelle Angelegenheit ist. Im Gegensatz zu den vorjährigen heißen Kämpfen um das Gemeindebestimmungsrecht verlief diese Sitzung in beschaulicher Ruhe. Der Grund dafür ist, daß der von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzentwurf wirklich eine große Aufregung nicht wert ist. Er geht um die meisten Alkoholprobleme vorsichtig herum.

Das ist überhaupt bezeichnend für die Haltung, die die bürgerliche Reichsregierung und die meisten bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der Alkoholfrage einnehmen, daß sie zwar immer wieder feierlich geloben, sie wollten den Alkoholismus eindämmen, aber ebensosehr sich davor hüten, dem Alkoholgewerbe irgendwelchen Schaden zufügen zu wollen. Der jetzige Gesetzentwurf charakterisiert diese Heuchelei. Er geht zurück auf einen, von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag, die Reichsregierung möge ein Gesetz zum Schutze der Jugend gegen den Alkoholismus vorlegen. Statt dessen kommt ein Gesetz, das den Jugendschutz auf diesem Gebiete abbaut. Das ist umso kennzeichnender, als seit Jahren für erhöhten Schutz der Jugend gegen die Schundliteratur und gegen schlechte Lustbarkeiten von den gleichen Ministern gekämpft wird, die jetzt die Jugend in erhöhtem Maße der Alkoholgefahr auszuliefern am Werke sind.

Im wesentlichen bringt der Gesetzentwurf

nur eine Zusammenfassung der jetzt schon in verschiedenen deutschen Ländern vorhandenen Bestimmungen. Der Schankstättenbetrieb wird von einer Konzession abhängig gemacht und die Voraussetzung für diese Konzession ist die Anerkennung, daß ein Bedürfnis vorliegt. Der Flaschenbierhandel wird entgegen den einmütigen Forderungen der Gastwirte nicht konzessionspflichtig gemacht. Im einzelnen läßt der Gesetzentwurf den Ländern und Gemeinden großen Spielraum. Nach wie vor wird die Konzessionierung ziemlich stark der Verwaltungsmillkür ausgeliefert werden. Das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht, also die Selbstbestimmung der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde, in welchem Umfange in dieser Gemeinde Alkohol ausgeschänkt werden darf, ist in diesem Gesetz nicht aufgenommen.

Die Begründungsrede

hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er bezeichnete als den Zweck des Gesetzes, es solle den Landesbehörden die Möglichkeit geben, das weitere Entstehen von Schankstätten zu verhindern. Eine Trockenlegung Deutschlands sei von der Regierung nicht beabsichtigt. Eine solche Absicht hat u. W. auch keine nennenswerte Gruppe in Deutschland gehabt.

Die Stellung der Sozialdemokratie

entwickelte eine Frau aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet,

Abg. Frau Schulz-Westfalen (Soz.):

Wie groß die Alkoholgefahr ist, sieht man deutlich an dem rapiden

Anwachsen der Alkoholkranken in den Kranken- und Irrenhäusern.

Wenn gesagt wird, daß die Trinkerfürsorge nicht die gleiche Zunahme zeige, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß der Alkoholmißbrauch nachgelassen habe, sondern vielmehr auf die aufklärende Arbeit, die in den Arbeiterkreisen geleistet wird und auch auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0001

die Verbesserungen in der Fürsorgetätigkeit. Die Zahlen in den Trinkerhelfstätten waren noch weit größer, wenn nicht viele Frauen sich bis zum Aeußersten dagegen sträuben würden, diese Einrichtung in Anspruch zu nehmen. Wir erwarten allerdings, daß ein großer Erfolg in der Bekämpfung des Alkoholismus von der außerordentlichen

Selbstdisziplin ausgehen wird, die die Jugendorganisationen

in Rede und Tat zeigen. Aber gerade, weil wir der Jugend helfen wollen, müssen wir in diesem Gesetze die notwendigen Voraussetzungen für den Kampf gegen den Alkoholismus schaffen. Kann man sich denn hier vorstellen,

welches ungeheure Elend, welche Not und Verzweiflung

in solchen Familien herrschen, wo der Vater nicht mehr von der Flasche los kann? Was muß erst eine Frau tragen, bevor sie an die Oeffentlichkeit geht! Was nutzt es, wenn wir uns beim Luftbarkeitsgesetz über die Gefahren unterhalten, die der Jugend drohen, wenn hier mit dröhnenden Worten gegen die Verderber der Jugend geredet wird, aber nichts geschieht, um die Jugend gegen Verführung zu bewahren. (Sehr richtig bei den Soz.). Die Rednerin erklärt zum Schlusse ihrer Ausführungen, daß die Sozialdemokratie im Ausschuß an einer wesentlichen Verbesserung der Vorlage arbeiten wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.).

Auch für die Zentrumspartei

sprach eine Frau und zwar die Abgeordnete Philipp-Baden. Sie meinte, man sei zwar in der Theorie einig, daß der Alkohol bekämpft werden müsse, aber in der Praxis gehe man sehr verschiedene Wege. So könnte sie auch nur für ihre Person und keineswegs für ihre Fraktion reden. Man kann an der Tatsache nicht vorübergehen, daß gerade die Parteien, die auf ihr Christentum so großen Wert legen, das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zu vergessen scheinen, wenn es sich um die Volksgenossen handelt, die am Alkohol zugrundegehen.

Von dem Wirtschaftsparteiler Mollath konnte man natürlich keinerlei Verständnis für die Alkoholfrage erwarten. Er vertritt eine Partei, die nur wirtschaftliche Interessen sieht und die von den kulturellen Erneuerungsbedürfnissen des Volkes nichts weiß oder nichts wissen will. Um die Schwächen des Gesetzes zu verdecken, gab sich Herr Mollath den Anschein, als sei das Alkoholgewerbe sehr unzufrieden mit dem Gesetzentwurf, während er innerlich sicherlich davon überzeugt ist, daß dieser Gesetzentwurf dem Alkoholismus in Deutschland keinen Abbruch tun wird. Einig sind wir mit ihm darin, daß der anständige Gastwirtsstand geschützt werden soll, das aber wird durch diesen Gesetzentwurf nicht geschehen.

Von den Demokraten sprach der Abgeordnete Sparrer, der positive Kritik an dem Gesetzentwurf übte. Auch der bayerische Volksparteiler Schirmer hatte einige vernünftige Verbesserungsvorschläge zu machen, drohte aber schließlich, daß sich die Bayern ihr Bier nicht nehmen lassen würden.

Mit dem üblichen christlichen nationalen Pathos sprach der deutschnationale Abgeordnete Rippel. Er redete viel von Sittlichkeit und heiligen religiösen Pflichten, gab aber gleichzeitig bekannt, daß auch die Freunde des Gemeindebestimmungsrechts in seiner Partei nun dieses Recht nicht wieder mit dem Gesetzentwurf verbinden wollten. Also auch von den Deutschnationalen ist in der Alkoholfrage nichts zu erwarten, worauf hinzuweisen sich verlohnt, weil ja gerade diese Kreise im Lande von den Kanzeln und Versammlungstribünen über die angeblich laxe Moral der Sozialdemokratie herfallen. — Die Frage, ob der Gesetzentwurf dem Bevölkerungs- oder dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zu überweisen ist, wurde durch Hammelsprung zugunsten des letzteren entschieden.

Der Preußische Landtag

hat am Montag wieder zu seiner Sommertagung zusammentrat, will in den nierzehn Tagen bis zum 2. Juli ein außerordentlich reiches Arbeitsprogramm erledigen. Es ist beabsichtigt, nicht weniger als sechs große Gesetzentwürfe noch vor der Sommerpause zu verabschieden, darunter die neue Stadt- und Landgemeinde-Ordnung, das Polizeibeamtengesetz, die Gesetzentwürfe über Groß-Altona und das neue Elektrizitätsgesetz, das die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen zu einer großen Gesellschaft zusammenfaßt. Es wird sehr angestrengter Arbeit bedürfen, um gegen den Widerstand der Rechtsparteien dieses ungewöhnlich reiche Programm aufzuarbeiten.

In der ersten Sitzung nach den Pfingstferien am Montag merkte man von diesem Arbeitseifer noch wenig. Ein kleiner Gesetzentwurf über die Kanalisierung der Niers (Rheinland) nahm den Hauptteil der dreistündigen Sitzung in Anspruch. Daneben wurde nur eine kleinere Justizvorlage verabschiedet, die den jetzigen Zustand, daß überalterte Richter als Hilfsrichter wieder einberufen und beschäftigt werden können, um weitere zwei Jahre verlängert. Ein sozialdemokratischer Antrag, diese Hilfsrichter wenigstens nicht in Strafsachen zu verwenden, drang leider nicht durch. Zum Schluß wandte sich das Haus der zweiten Lesung der Gesetze zu, die an der Unterelbe die Gemeinden um Altona und Harburg-Wilhelmsburg zusammenfassen und den Ausbau des Elbhafengebiets auf der preußischen Seite sicherstellen sollen. Man kam indessen nicht über die Einleitungsworte der Berichterstatter hinaus.

Die Debatte selbst wurde auf Dienstag vertagt. Außerdem steht die zweite Lesung der Landgemeinde-Ordnung auf der Tagesordnung, die jetzt endlich im neunten Jahre nach der Revolution die Auflösung der Gutsbezirke bringen soll.

Die Sparkassen-Aufwertung.

Am Montag machte der Reichsjustizminister in einem Unterausschuß des Rechtsausschusses des Reichstages grundlegende Ausführungen über die geplante Sparkassenaufwertung. Danach haben die Länder sich bereit erklärt, die gesamte Teilungsmasse der Sparkassen zu Gunsten der Spargläubiger zu verwerten. Auf diese Weise werden die Spargläubiger, soweit die entsprechende Masse vorhanden ist, eine Aufwertungsquote über 12,5 Prozent erhalten. Die Länder sind weiter bereit, dafür zu sorgen, daß jede Sparkasse den Mindestsatz von 12,5 Prozent aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garanten aufbringt. Einzelne Länder haben sich jedoch vorbehalten, einen Teil der Ueberschußbeträge über 12,5 Prozent, die sich bei leistungsstarken Kassen ergeben, leistungsschwachen Kassen zuzuwenden, damit diese den Aufwertungssatz von 12,5 Prozent zahlen können.

An die Futterkrippe!

Wie die Deutschnationalen regieren.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Nach dem „Berliner Tageblatt" ist der deutschnationale Regierungsrat Möller vom Finanzamt Charlottenburg als persönlicher Hilfsarbeiter des Reichsinnenministers von Keudell und des Ministerialdirektors von Maeke in das Reichsinnenministerium berufen worden, so daß die Zahl der deutschnationalen Hilfsarbeiter weiter steigt.

Die Zigarettenverordnung.

Begünstigung eines privaten Monopols.

Die vom Reichsfinanzministerium geplante Regelung in der Zigarettenindustrie bezieht sich in erster Linie auf die Reklame und die Rabattgewährung. Soweit die Aufwendungen für Reklame in Frage kommen, sollen sie bei einem Halbjahrsumsatz bis zu 3 Millionen Mark nicht mehr als 3 Prozent des Umsatzes betragen. Der Satz senkt sich mit steigendem Umsatz, so daß sich folgende Maximal-Reklameaufwendungen ergeben:

bei einem Umsatz von	3 Mill. Mark	90 000 Mark
bei einem Umsatz von	6 Mill. Mark	165 000 Mark
bei einem Umsatz von	11 Mill. Mark	265 000 Mark
bei einem Umsatz von	16 Mill. Mark	352 500 Mark
bei einem Umsatz von	26 Mill. Mark	502 500 Mark
bei einem Umsatz von	51 Mill. Mark	815 000 Mark
bei einem Umsatz von	60 Mill. Mark	905 000 Mark

Diese Regelung bedeutet für den Kleinbetrieb eine stark eingeschränkte Reklamemöglichkeit zu Gunsten des Großbetriebes. Da die Zigarette aber ein Markenartikel ist, der zu seiner Einführung beim Publikum der Reklame bedarf, stellt die vom Reichsfinanzministerium geplante Regelung ohne weiteres eine Bedrohung der kleineren Betriebe dar. Diese Gefährdung kann auch durch die geplante Regelung der Rabattsätze, die den Kleinbetrieb begünstigen sollen, nicht ausgeglichen werden. Nach den Vorschlägen des Ministeriums soll der Rabattsatz bei einem Halbjahresumsatz von 1 Mill. Mark 27,5 Prozent, bei einem Umsatz von 1 bis 3 Millionen Mark 26,5 Prozent und bei Umsätzen von über 3 Millionen Mark 25 Prozent nicht übersteigen. Will man dem kleineren Betrieb wirklich einen Ausgleich für die Beschneidung seiner Reklamekosten zukommen lassen, so muß die Staffelung noch weiter verfeinert werden, sofern der Umsatz 3 Millionen Mark im Halbjahr übersteigt.

Um jede Umgehung seiner Vorschriften zu vermeiden, hat das Reichsfinanzministerium auch noch Vorschriften über die eigentlichen Zahlungsbedingungen festgelegt. Bei Zahlungen innerhalb 5 Tagen nach Absendung der Ware darf ein Barzahlungsrabatt von 3 Prozent, bei Zahlungen innerhalb der nächsten 14 Tage von 2 Prozent eingeräumt werden. Darüber hinaus sind zusätzliche Rabatte nicht zu gewähren. Kommen Stundungen in Frage, so haben die die Lieferanten angemessene Diskontispesen zu berechnen. Bei einem Betrieb, der im Halbjahr bis zu einer Millionen Mark umsetzt und von seinen Abnehmern innerhalb 5 Tagen bezahlt wird, ergibt sich also für die Kalkulation einer Dreipfennig-Zigarette pro 1000 Stück ungefähr folgende Kalkulation:

Fabrikkosten	6,81 Mark
Steuer und Zoll	14,04 Mark
Handelsaufschlag	9,15 Mark
Summa	30,— Mark

Wie sich deutlich ergibt, ist der Fiskus derjenige Interessent, der von der Zahlung des Konsumenten den größten Anteil erhält. Ihm folgt der Händler und dann erst kommt der Zigarettenfabrikant, der noch nicht ein Viertel des Endpreises bekommt. Da der Fabrikant 3 Prozent des Umsatzes für Reklame ausgeben darf, so beträgt seine Höchstaufwendung hierfür pro 1000 Stück 90 Pfennig gleich 13 Prozent seiner Gesamtkosten. Das Kalkulationsschema einer Dreipfennigzigarette in einem Betrieb, der im Halbjahr mehr als 3 Millionen Mark umsetzt, bringt eine wesentliche Verschiebung, die ungefähr folgendermaßen aussieht:

Fabrikkosten	7,56 Mark
Steuer und Zoll	14,04 Mark
Handelsaufschlag	8,40 Mark
Summa	30,— Mark

Nehmen wir an, daß dieser Betrieb in einem Halbjahr für sechs Millionen Mark umsetzt, so beträgt sein zulässiger Reklameaufwand 81,5 Pfennig pro 1000 Stück gleich 10,9 Prozent seiner Gesamtkosten. Rechnet man die Reklamespesen ab, so ergibt sich als Nettoerlös für den ersten Betrieb pro 1000 Stück Dreipfennigzigaretten 5,91 Mark, beim zweiten Betrieb jedoch 6,735 Mark. Das sind 14 Prozent mehr. In einem Betrieb mit einem Umsatz von 60 Millionen Mark im Halbjahr würden die Reklamespesen nur 45 Pfennig pro 1000 Stück Dreipfennigzigaretten betragen; im übrigen entspricht seine Kalkulation genau unserem zweiten Beispiel. Abzüglich der Reklamespesen beträgt sein Nettoerlös also 7,11 Mark. Der Mehrerlös macht gegenüber dem Betrieb, der nur ein Zehntel seines Umsatzes aufzuweisen hat, 5,6 Prozent und gegenüber dem kleinen Betrieb 20,3 Prozent aus.

Nach diesen Beispielen bedarf es kaum einer Erläuterung, daß bei der Neuregelung den kleineren Betrieben bald der Atem ausgehen wird. Der Großbetrieb kann seine Reklamespesen auf einzelne Marken, auch Neueinführungen von Marken konzentrieren. Er kann unter Umständen, wie unsere Beispiele zeigen, vor allem in den teueren Preislagen, Zigaretten von gleicher Qualität um einen Pfennig billiger verkaufen als der konkurrierende Kleinbetrieb. Dieser wird also jedenfalls auf die billigsten Marken oder auf die teuersten Luxuszigaretten, die ihm aber auch technische Schwierigkeiten machen werden, zurückgedrängt werden. Andererseits ist den Großbetrieben eine ständige Expansion sicher, weil die Verbrauchssteigerung noch längst nicht abgeschlossen ist. Das Aufkommen von neuen Betrieben, die zu ihrer Einführung außerordentlicher Reklamespesen bedürfen, ist so gut wie ausgeschlossen.

Die Verordnung des Reichsfinanzministers liegt also durchaus im Interesse des Großbetriebes. Sie wird in der Zigarettenindustrie eine neue Konzentration auslösen und eine Etappe auf dem Weg zum Privatmonopol sein, ohne daß man die wirklichen Schäden in der Zigarettenindustrie, die nur durch ein staatliches Monopol abzustellen wären, beseitigen wird.

Flotten-Abrüstungskonferenz.

Die gestrige Eröffnungssitzung.

Genf, 20. Juni. (Eig. Drahtb.). Am Montag nachmittag wurde in dem Saal des Völkerbundes, der sonst für die Ratstagungen vorgesehen ist, die auf Veranlassung des amerikanischen Staatspräsidenten zusammengetretene Flotten-Abrüstungskonferenz durch den amerikanischen Botschafter in Brüssel eröffnet. Der Tagung wohnen außer Lord Robert Cecil als Vertreter der englischen Regierung und dem bekannten englischen Admiral Jellicoe sowie dem ersten Lord der britischen Admiralität Bridgeman, der Japaner Graf Ishi und eine australische Delegation bei.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit der Verlesung einer Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten, in welcher der Zweck der Tagung dargelegt wurde. Der Vorsitzende der Konferenz gab dann die folgenden

Vorschläge der amerikanischen Regierung zur Abrüstung

bekannt: 1. Die Verhältnisse und die Grundsätze, die im Washingtoner Vertrag niedergelegt sind, sollen auch für die Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote gelten. 2. Jedes Abkommen der drei Mächte zur Beschränkung des Baues von Hilfskriegsschiffen soll in Zusammenhang stehen mit dem Washingtoner Vertrag und dieselben allgemeinen Bestimmungen für die Ausdehnung dieser Abänderung enthalten. 3. Zum Zwecke der künftigen Rüstungsbeschränkung zur See sollen die Hilfskriegsschiffe in vier Kategorien geteilt werden: Kreuzer zwischen 3000 und 10 000 Tonnen, Zerstörer zwischen 600 und 3000 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 17 Knoten, Unterseeboote und schließlich alle anderen Schiffe mit geringerem Kampfwert. Für die Verteilung schlägt Amerika vor: 1. In der Kreuzer-Klasse für die Vereinigten Staaten und England je 250 000 bis 300 000 Tonnen, für Japan 150 000 bis 180 000 Tonnen. 2. In der Zerstörer-Klasse für die Vereinigten Staaten und England 200 000 bis 250 000 Tonnen. 3. In der Unterseeboot-Klasse für die Vereinigten Staaten und England je 60 000 bis 90 000 Tonnen, für Japan 36 000 bis 54 000 Tonnen.

Anschließend betonte der amerikanische Vertreter, daß Amerika selbstverständlich ein allgemeines Abkommen zur Abschaffung der Unterseeboote nicht ungern sehen würde, aber in diesem Falle müßte es sich um ein wirklich allgemeines Abkommen handeln. Dann bedauerte der erste Lord der englischen Admiralität, Bridgeman, daß Frankreich und Italien an der Konferenz nicht beteiligt sind. Er legte ferner den englischen Standpunkt zur Flottenabrüstung dar, wie er von Lord Robert Cecil während der Abrüstungskonferenz wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die wirtschaftliche Krankheit des Kontinents.

Paris, 20. Juni. (Eig. Drahtb.). In einer Sitzung der französischen Schwerindustriellen sprach Loucheur über die wirtschaftliche Krankheit des Kontinents, die einzig und allein die Folge der nach dem Kriege mächtig gewordenen Vormachtstellung Amerikas geworden sei. Europa müsse alles tun, um der Erdrosselung durch das amerikanische Kapital, dessen größter Schuldner es geworden sei, zu verhindern. Durch Bildung internationaler Kartelle und Syndikate und hauptsächlich durch Aufhebung der europäischen Zollschranken könne dies nur erreicht werden. Der Völkerbund und die ihm unterstellten Instanzen hätten hier eine ihrer Hauptaufgaben zu erfüllen. Mit Bedauern müsse man feststellen, so fuhr Loucheur fort, daß Frankreich hinter Amerika und hauptsächlich hinter Deutschland in der Organisation seiner Industrie zurückgeblieben sei. Man stehe nationalen Kartellen und Interessengemeinschaften gegenüber, die der französischen Industrie noch vollkommen unbekannt geblieben seien.

Landesverrats-Verrücktheiten.

Wie das „Berliner Tageblatt" versichert, hat das Reichswehrministerium dem Reichskabinett eine Novelle zu dem Landesverratsparagraphen unterbreitet, wonach Mitteilungen in der Presse oder der sonstigen Oeffentlichkeit, durch die Verstöße gegen das Völkerrecht oder den Bestimmungen des Friedensvertrages bekanntgegeben werden, zu bestrafen sind und zwar auch dann, wenn sie den Tatsachen nicht widersprechen. Die Anregung dieser Novelle soll aus den Kreisen des „Stahlhelms" gekommen sein. So sieht sie auch aus.

Oberhaus-Verkleinerung.

Herabsetzung der Mitgliederzahl auf die Hälfte.

London, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Die Regierung hat am Montag ihre Reformvorschläge für die Neugestaltung des Oberhauses bekanntgegeben. Dieses soll in Zukunft statt aus 700, nur noch aus 350 Mitgliedern bestehen. Darnach soll sich diese erste Kammer zusammensetzen aus den Prinzen des königlichen Hauses, den Bischöfen und hohen Richtern, die auf Lebenszeit Mitglied sind, während die übrigen nur noch auf 12 Jahre ernannt werden sollen. Von diesen sollen die einen von der Krone ernannt, die anderen aus der Gesamtheit der bisher im Oberhaus vertretenen erblichen Lords gewählt werden.

Sowjetgranaten für die Reichswehr.

Der Wahrheitsbeweis vor Gericht.

Am Montag gelangte vor dem Amtsgericht Berlin-Neukölln die Klage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künstler gegen die verantwortliche Redakteurin des in Halle von der Kommunistischen Partei herausgegebenen „Klassenkampf" zur Verhandlung. Im Laufe der erst wenige Monate zurückliegenden Erörterungen über die Lieferung von Sowjetgranaten an die Reichswehr hatte Künstler ein Gespräch veröffentlicht, das er mit zwei Arbeitern geführt hatte, die früher in der von den Kommunisten gelenkten russischen Giftgasfabrik gearbeitet hatten. (Auch das Halberstädter Tageblatt hat seinerzeit das Gespräch veröffentlicht.)

Die kommunistische Presse fiel über diese Veröffentlichung her unter der Parole „Alles Schwindel". Das Kommunistenblatt in Halle tat dazu sein übriges und bezeichnete Künstler als einen Lügenkünstler.

Vor dem Neukölner Amtsgericht hatten die Kommunisten nun Gelegenheit, die angeblichen Lügen aufzudecken. Was aber geschah? Auf die schriftliche Klage hatten die Kommunisten überhaupt nicht geantwortet und auf die mündliche Aufforderung des Gen. Dr. Kurt Rosenfeld, Zeugen zu benennen, blieb die verantwortliche Redakteurin die Antwort schuldig. Sie trug nur schüchtern vor, daß sie Zweifel an der Richtigkeit der Angaben Künstlers gehabt habe. Daraufhin hätte sie in ihrem Blatt von Künstlers Lügen gesprochen.

Die Situation stand also für die Redakteurin schon nicht gut. Aber was noch zu verderben war, verdarb der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Samter als Verteidiger der Angeklagten durch fortgesetzte Ungeschicklichkeiten. Er versuchte zunächst unter allerlei Vorwänden die Unzuständigkeit des Gerichtshofes nachzuweisen, und als ihm das ebenfalls nicht glückte, bemühte er sich, die Behauptungen des kommunistischen Artikels aufrecht zu erhalten, ohne jedoch auch nur den geringsten Beweis dafür anzutreten. Schließlich erklärte er, Künstler selbst hätte die Aufgabe nachzuweisen, daß er nicht gelogen habe.

Die kommunistische Redakteurin stand also völlig beweislos da. Die Folge war ihre Verurteilung wegen formeller Beleidigung und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0002

übler Nachrede zu 150 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß jemand, der einen anderen einen Lügner nenne, die moralische Pflicht habe, seine Behauptung zu beweisen. Diese Pflicht könne die Angeklagte aber nicht erfüllen, da sie sich lediglich auf Vermutungen stütze. Bei diesem Sachverhalt könne man es dem Kläger nicht verübeln, daß er es nicht für nötig halte, seinerseits jetzt schon Zeugen zu benennen, umsoweniger, als den Zeugen vielleicht Schwierigkeiten entstehen könnten.

Also selbst die Kommunisten wagen nicht einmal mehr in öffentlichen Gerichtsverhandlungen ernsthaft zu bestreiten, daß eine Giftgasfabrik in Rußland bestanden hat und diese Fabrik mit der deutschen Reichswehr in Verbindung stand.

Wie die Kommunisten ihre Leute belügen.

Der Ausgang des Beleidigungsprozesses des Genossen Künstler gegen den Halle'schen „Klassenkampf" hält aber die „Rote Fahne" nicht ab, heute morgen zu erklären: **„Eine fürchterliche Blamage für Künstler und gleichzeitig die endgültige Erledigung der Granatenhetze".**

Entsprechend ist der Prozeßbericht, der den kommunistischen Lesern vorgesetzt wird. Aber da ist leider nichts zu machen.

Keine Verhaftung von Deutschen in Rußland.

Die Deutsche Botschaft in Moskau hat auf die Anfrage des Auswärtigen Amtes geantwortet, daß ihr von den in Deutschland gemeldeten Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger in Rußland nicht bekannt ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß die von einer deutschen schwerindustriellen Agentur verbreitete Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

Berlin und der Mittellandkanal. Der Berliner Stadtverordnetenausschuß hat eine Vorlage des Magistrats gebilligt, der die Uebernahme der Zinsgarantie für die Vollendung des Mittellandkanals vorsieht. Der Ausschuß knüpft an seine Zustimmung die Bedingung, daß die Stadt Berlin nur die Garantie für die Grunderwerbskosten trägt, während das Reich alle übrigen Kosten (für Schleusen, Uferbau usw.) garantieren soll.

Die Reichsbahn gibt die im Monat April geleisteten Zugkilometer mit 46 385 000 an (März gleich 49 267 000). Die Einnahmen stellen sich auf 403 173 000 Mark. Unter den Ausgaben in gleicher Höhe befinden sich 45 Millionen Mark für die Reparationsschuld, rund 8 Millionen Mark Rückstellungen für die gesetzliche Ausgleichsrücklage, 6 Millionen Mark für die Vorzugsdividende, 30 Millionen Mark für Abschreibungen und 2,2 Millionen Mark für allgemeine Rückstellungen. Der Personalbestand hat sich von 680 688 Köpfen im Monat März (darunter 31 747 Zeit- und Aushilfsarbeiter) auf 701 754 Köpfe (50 762 Zeit- und Aushilfsarbeiter) gesteigert.

Das Londoner Sowjetgebäude, das vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen Rußland und England die Handelsgesellschaft Arcos und die russische Handelsdelegation beherbergt hat, ist am Montag zum Verkauf ausgeschrieben worden. Die Russen fordern 6 Millionen Mark. Die Ausschreibung des Verkaufs wird in London als eine politische Geste der Russen betrachtet, die deshalb einiges Erstaunen erregt, weil man in England mit einer Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland nach den nächsten Neuwahlen im Jahre 1928 von dem im Zusammenhang mit ihnen erwarteten Sturz der Regierung Baldwin rechnet.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Polen. Die am Sonntag in Lublin und Wilna vorgenommenen Kommunalwahlen ergaben für die Sozialisten wie kürzlich in Warschau wieder erfreuliche Erfolge So erzielten sie in Lublin 18 gegen bisher 9 Sitze, während die Nationaldemokraten nur 9 gegen bisher 28 Sitze erhielten.

Gewerkschaftliches.

Die Ruhelohnversorgung.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen über den „Entwurf einer Satzung der Zusatzversorgungskasse des Reiches und der Länder" haben in der vergangenen Woche stattgefunden. Die Frage der Ruhelohnversorgung ist damit endlich ins Rollen gekommen und man darf nun damit rechnen, daß die Kasse bald in Kraft tritt. Eine von den Gemeinden- und Stadtobersten seit Jahr und Tag mit großer Energie betriebene Forderung ist der Verwirklichung nahe.

Der Entwurf behandelt in seinem Aufbau in Abschnitt 1 die Verfassung der Anstalt, im Abschnitt 2 den Gegenstand der Versicherung und im Abschnitt 3 die Geschäftsführung der Kasse. Beitreten können der Zusatzversorgungskasse nach dem Entwurf die einzelnen Länder und eventuell auch die Gemeinden und Gemeindeverbände. Ueber diese Frage gab es bei den Verhandlungen bereits eine lebhafte Diskussion. Die Kasse ist auf gegenseitiger Beitragsleistung aufgebaut. Vorgesehen ist Pflicht- und freiwillige Mitgliedschaft. In nach dem Dienstalter und den Einkommensverhältnissen wird für das Mitglied Zusatzrente, ferner Witwen- und Waisenrente, sowie Sterbegeld gewährt. Darüber hinaus ist später auch noch an die Einrichtung von Heilverfahren gedacht. Alles in allem dürfte die Kasse, wenn sie einmal zur Durchführung gekommen ist, für die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer, soweit sie nicht im Beamtenverhältnis stehen, eine segensreiche Einrichtung darstellen.

Es ist erfreulich, daß, nachdem Post und Eisenbahn — letztere sogar schon sehr lange — ähnliche Einrichtungen haben, sämtliche beim Reich beschäftigten Arbeiter in den Genuß einer Ruhelohnversorgung kommen können. Zu wünschen wäre nur, daß sich die Länderregierungen, die sich zum Teil — allen voran natürlich Bayern — noch sträuben, der Kasse beizutreten, im Interesse ihrer Arbeitnehmer bald eines Besseren besinnen. Bei der Besprechung des Reichsfinanzministeriums mit den Ländern, die schon in den nächsten Tagen stattfindet, wird sich zeigen, welche Staatsregierungen bereit sind, sich der sozialen Einrichtung der Zusatzversorgungskasse anzuschließen.

Genossenschaftliches.

Die deutschen Konsumvereine. Gegenwärtig tagt in Essen (Ruhr) der 24. ordentliche Genossenschaftstag. Welch eine wirtschaftliche Macht schon heute die Konsumvereine darstellen, zeigen die folgenden Ziffern: Der im Jahre 1903 gegründete Zentralverband umfaßt rund 1100 Konsumgenossenschaften, das sind die übergroße Mehrzahl aller deutschen Konsumvereine. Die Mitgliederzahl aller angeschlossenen Vereine stieg seit der Gründung des Zentralverbandes von 575 449 bis Ende d. letzten Jahres auf 3 197 751. Die Zahl aller in der Warenverteilung und eigenen Gütererzeugung beschäftigten Personen vermehrte sich in gleicher Zeit von 7081 auf 45 312. Der Gesamterlös steigerte sich seit 1903 von 176 456 549 Mark auf 1 052 697 214 Mark, wovon 240 549 392 Mark auf solche Waren entfallen, die in eigenen Betrieben hergestellt wurden. Der Wert des Grundbesitzes erhöhte sich von 22 149 336 Mark auf 119 948 163 Mark. Das zur Verfügung stehende Kapital stieg von 39 446 901 Mark auf 274 193 314 Mark.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Der Mandatsstreit im thüringischen Landtage.

Weimar, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Der thüringische Staatsgerichtshof hat am Montag in der Frage der Zuteilung des 56. Mandats des Thüringer Landtages, das von der Mehrheit des Wahlprüfungsausschusses und vom Landtagsplenum mit den Stimmen der Linksparteien bei Stimmenthaltung der übrigen dem völkischen Abgeordneten aberkannt worden war, dahin entschieden, daß der Landtag nicht berechtigt war, über die Gültigkeit der Wahl selbst zu entscheiden. Die endgültige Klärung muß jetzt durch das Wahlprüfungsgericht erfolgen.

Eine schlechte Muster.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Die Musikerehefrau Erna Stolzenberger wurde am Montag von einem Berliner Schöffengericht wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlung ihrer beiden Stiefkinder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Stupide?

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Das nationalistische „Echo de Paris" behauptet am Dienstag, zu wissen, daß Poincare seine Hetzrede mit Briand durchgesprochen habe. Es sei einfach „stupide", behauptet das Blatt, wenn man jetzt nachträglich die Rede Poincares gegen die Politik Briands auszuspielen versuche. Briand habe mit Poincare im vollsten Vertrauen alle in Genf behandelten Fragen, insbesondere das Problem der deutsch-französischen Verständigung durchgesprochen und daraufhin sei im besten Einvernehmen die Rede Poincares in großen Zügen festgelegt worden.

Der Einbruch in das deutsche Generalkonsulat in Danzig.

Danzig, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Zu dem Einbruchsversuch in das deutsche Generalkonsulat wird amtlich erklärt, daß es sich bei dem Täter um einen polnischen Staatsangehörigen handelt, der als Deutscher in Danzig gemeldet und im Besitz einer gültigen, von der diplomatischen Vertretung Polens ausgestellten Legitimation ist. Ferner ist festgestellt, daß sich der Täter an einen Angestellten des deutschen Generalkonsulats herangemacht hat, um ihn durch Schmiergelder zur Entwendung von Aktenstücken zu bestimmen, wobei er wiederholt angegeben hat, von zwei namentlich von ihm genannten Mitgliedern der Militärabteilung der diplomatischen Vertretung Polens dazu veranlaßt worden zu sein.

Verfassungsänderung in Polen.

Warschau, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Der polnische Landtag nahm am Montag noch nach längerer Debatte den sozialistischen Antrag an, durch den der Artikel 26 der Verfassung, der ausschließlich dem Staatspräsidenten das Recht der Auflösung gibt, eine dahingehende Abänderung erfährt, daß das Parlament nicht nur durch den Staatspräsidenten auf Antrag des Ministerrats, sondern auch durch Selbstbeschluß des Parlaments aufgelöst werden kann. Bei der dritten Abstimmung waren 225 Abgeordnete mühsam zusammengebracht worden. Für den Antrag stimmten 189, dagegen 10, 26 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also vorhanden.

Kleine Chronik.

„Vom Leben getötet".

Lisbeth Kolomak,

die frühverstorbene Tochter der Frau Kolomak, die in dem Bremer Kuppelei-Prozeß zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Eisenbahnunglück in Oberfranken. Am Mittwoch vormittag kurz vor 11 Uhr stieß in Ludwigsstadt eine Schubmaschine auf den Eilzug 59 Leipzig—München und zertrümmerte den Postwagen vollständig. Die beiden Personenwagen wurden schwer, der drittletzte Personenwagen leicht beschädigt. Durch den Zusammenstoß wurden sämtliche 25 Insassen der beiden letzten Wagen schwer verletzt. Es handelt sich durchweg um Kopfverletzungen, die durch den Zusammenprall und Herabstürzen des Gepäcks verursacht wurden.

Ein Verräter. Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte nach mehrtägiger Verhandlung einen gewissen Hermann Stickelmann aus Frankfurt a. M. zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Stickelmann hatte während der Besetzung Frankfurts durch die Franzosen als Beamter der Hilfspolizei zu diesen Beziehungen angeknüpft. Im Juni 1919 ließ er den Kaufmann Eichhorn, den Ingenieur Eugen Kirch und den Mechaniker Sitz, die einen amtlichen Auftrag noch vor Abschluß des Friedensvertrages im Elsaß erledigen wollten, verhaften und übergab sie gegen Bezahlung den französischen Behörden.

Ein Bankbetrüger in Hamburg. Durch einen raffinierten Schwindel mit gefälschten Bank-Akkreditiven gelang es einem angeblichen Goldschmied aus Wien, ein Hamburger Bankhaus um 90 000 Mark zu betrügen. Er hatte sich von einer Prager Bank den Wechsel auf das Hamburger Institut ausstellen lassen. Nachträglich schöpfte man seitens der Bankleitung Verdacht, und durch eine Rückfrage in Prag wurde festgestellt, daß man einem Betrüger zum Opfer gefallen war. In einem zweiten Fall, mo Goldschmied eine andere Bankfirma um 25 000 Mark zu schädigen versuchte, mißlang ihm das Manöver. Der Betrüger konnte aus dem Hotel, in dem er wohnte, flüchten.

Mord im Verfolgungswahn. Am Montag früh gegen 6 Uhr klopfte in Berlin-Heinersdorf ein unbekannter Mann die 54 Jahre alte Witwe Ida Giersdorf aus ihrer Wohnlaube in einem Laubengelände, wo sie einen Ausschank betrieb. Als sie die Türe öffnete, wurde sie sofort überfallen, zu Boden geschlagen und so furchtbar verletzt, daß sie sterbend ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wo sie bald ihren furchtbaren Verletzungen erlag. Die beiden 15 und 16 Jahre alten Söhne der Ueberfallenen versuchten ihr vergebens zu Hilfe zu eilen, doch gelang es einem Polizeibeamten, den fliehenden Täter zunächst festzunehmen. Gleich darauf ergriff er jedoch die Flucht, wobei er von dem Polizeibeamten erschossen wurde. Aus einem Briefe, den er bei sich trug, ergab sich, daß es sich um einen 27 Jahre alten Gärtner Wilhelm Schneider handelt, der seit einiger Zeit in Berlin-Mahlow tätig war. Sein Arbeitgeber stellt ihm das beste Zeugnis aus, so daß die Tat auf Verfolgungswahnsinn zurückzuführen zu sein scheint.

Einsturzunglück in Columbien. In dem Städtchen Rosellon in Columbien stürzte infolge eines großen Erdrutsches das Fabrikgebäude einer Spinnerei ein und begrub den größten Teil der Belegschaft. Man befürchtet, daß 60 junge Arbeiterinnen ums Leben gekommen sind. Bisher konnten acht Leichen geborgen werden. Die Spinnerei ist völlig verschüttet.

Bootsunglück in der Ostsee. Ein schweres Bootsunglück ereignete sich am Sonntag abend auf der Ostsee, zwischen Warnemünde und den Bädern Graal-Müritz. Acht Studenden und Studentinnen der Universität Rostock hatten mit einer Segelsacht eine Fahrt nach Müritz unternommen. Bei der Rückkehr am späten Nachmittag geriet das Boot gegen schweren Sturm, der über die Ostsee hereinbrach. Bis 8 Uhr abends konnte das Boot, mit dem Winde und den Wellen kämpfend, noch beobachtet werden. Gegen 1 Uhr nachts sichtete das Fährschiff Warnemünde-Gjedser die Insassen des Bootes in höchster Seenot. Die Fähre setzte sofort ihr Rettungsboot aus. Es gelang aber nur zwei Studentinnen, namens Lange und Neumann, zu retten, während die Studentinnen Charlotte Schilling und Else Beckmann sowie deren Schwester Alse Beckmann und die Studenten Karl Knop, Karl Schmack und Alfred Blum ertrunken sind. Bis jetzt steht nicht einwandfrei fest, ob das Segelboot an dem Fährschiff zerschellte. Die Rettungsversuche des Rettungsbootes des Fährschiffes gestalteten sich bei dem immer stärker werdenden Sturm außerordentlich schwierig. Erst nach ¾ Stunden erreichte das Boot die Ueberreste der zerschellten Jacht. Zwei der Studentinnen hielten sich bereits über eine Stunde an dem Mast festgeklammert über Wasser und konnten noch geborgen werden. Dem Fährschiff selbst gelang es erst nach langer Zeit, das Rettungsboot mit den Schiffbrüchigen wieder aufzufinden. Von der Gewalt des Sturmes kann man sich ein Bild machen, wenn man erfährt, daß die Eisenbahnwagen auf der Fähre entgleisten. Auch der deutsche Dampfer „Kronprinzessin" erlitt auf der Ueberfahrt so schweren Maschinenschaden, daß er durch Funk um Hilfe bitten mußte.

Wirtschaftlicher Teil.

Wie die Preise klettern.

Unter Einfluß der Zollexperimente der Reichsregierung hat die Preissteigerung weiter zugenommen. Vor allen Dingen sind davon die wichtigsten Bedarfsartikel betroffen worden, wie eine Zusammenstellung des Preußischen Statistischen Landesamtes zeigt:

	Mai 1913	April 1926	April 1927	Mai 1927
	(für ein Kilogramm in Pfennigen)			
Roggenbrot	28	29,4	35,9	36,5
Roggengraubrot	29	36,6	44	44,7
Weizenkleingebäck	52,7	76,6	80,6	81
Roggenmehl	29,9	35,7	43,6	44,8
Weizenmehl	37,4	51,9	55,8	55,8
Graupen	42,7	53,4	54,5	54,8
Weizengries	48,7	65,6	66,9	67
Haferflocken	—	56,6	59	59,4
Reis	48,9	59,8	63,1	63,4

Wie man angesichts dieser Entwicklung die neuen Zollpläne der Regierung verantworten will und wie man im Unternehmerlager noch von steigenden Löhnen sprechen kann, wird immer mehr und mehr ein Rätsel.

Ausgabe von Schuldverschreibungen für Zwecke der Sächsischen Provinzialbank. Der Provinzialausschuß hat in seiner letzten Sitzung zugestimmt, daß bis zu 10 Millionen RM Schuldverschreibungen des Provinzialverbandes von Sachsen ausgegeben werden. Die Ausgabe der 10 Millionen-Anleihe ist gedacht für Zwecke der Sächsischen Provinzialbank. Diese wird den Erlös der ausgegebenen Provinzialschuldverschreibungen satzungsgemäß verwenden.

Berliner Produktenbörse vom 20. Juni. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst pro 100 Kilo in Reichsmark. Weizen märkischer —.—. Roggen, märkischer 278—280. Sommergerste 241—275. Wintergerste —.—.—. Hafer, märkischer 254—260. Mais 191—192 Weizenmehl 37.50—39.50. Roggenmehl 35.50—37.50. Weizenkleie 15.00—15.25. Roggenkleie 17.50—17.75. Raps —.—. Leinsaat —.—. Viktoriaerbsen 42.00—57.00. Kl. Speiseerbsen 27.00—30.00. Futtererbsen 22.00—23.00. Peluschken 20.00—22.00. Ackerbohnen 21.00—23.00. Wicken 22.00—24.50. Lupinen, blaue 15.00—16.00. Lupinen, gelbe 16.00—18.00. Seradella —.—. Rapskuchen 15.40—15.80. Leinkuchen 19.60—19.90. Trockenschnitzel 12.00—13.20. Sojaschrot 19.20—19.80. Torfmelasse 80/70 —.—.—.—. Kartoffelflocken —.—.

Banknotenkurse vom 20. Juni (in Reichsmark). 100 Holland 168.59. 100 Dänem. 112.49. 100 Schweden 112.69. 100 Norwegen 108.73. 100 Finnland 10.572. 100 Schweiz 81.09. 1 Argentinien 1.79. 100 Oesterreich 59.36. 100 Ungarn 73.31. 100 Tsch.-St. 12.455. 100 Spanien 71.90. 1 Amerika 4.203. 100 Belgien 58.58. 1 England 20.427. 100 Frankreich 16.545. 100 Italien 23.60. 100 Bulgar. 3.044. 100 Rumänien 2.505. 100 Jugosl. 7.38. 1 Japan 1.973. 1 Brasilien 0.481. 100 Portugal 20.88. 100 Danzig 81.39. Türkei 2.17. 100 Griechenland 5.714. 1 Uruguay 4.196. 1 Kanada 4.209. Kairo 20.99.

Werbt unablässig für Eure Zeitung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0003

Tapetenreste

und vorjährige Muster zu jedem annehmbaren Preise

Linoleumteppiche - Linoleumläufer
Wachstuchdecken - Kokosmatten
billig und in größter Auswahl

Otto Schmidt
Schmiedestraße 7

Die Steinsetzerarbeiten und Fuhrleistungen zur Neupflasterung eines Teiles der Walter Rathenaustraße, eines Teiles der Seydlitzstraße und Friedenstraße sollen getrennt öffentlich vergeben werden. Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis

Montag, den 27. Juni d. Js., vormittags 9 Uhr

dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen, woselbst vorher die Verdingungsunterlagen eingesehen und gegen Erstattung der Unkosten entnommen werden können.

Das Stadtbauamt.

Geschäfts-Verlegung!

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein

Textil- und Manufakturwaren-Geschäft

von Voigtei Nr. 23 nach

Voigtei Nr. 11
(Stammberger's Haus).

K. Sternglanz.

Sternwarte

Jeden Dienstag ab 8 Uhr:

Tanz-Abend

Oelfarben

Lackfarben, Emaillelack, Buntfarben in allen Tönen, Schlämm-Kreide, Sichel-Leim, Schablonen, Pinsel, Zementgips.

Löwen-Drogerie
Walter Rathenaustraße - Ecke Seydlitzstraße

Achtung! Achtung!
Radfahrer!

Empfehle zur Saison erstklassige

„Frisch Auf"-Fahrräder

in allen Preislagen und Zahlungserleichterung.
Ersatzteile, prima Bereifungen, Laternen, Emaillierungen sowie Vernickelungen alter Fahrräder von 25 Mk. an. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt unter billiger Berechnung

Otto Müller, Beckerstr. 3.

Patentingenieur Böhme
HALBERSTADT, BREITEWEG 29
Mitglied des Verbandes beratender Pat.-Ing.

Markthalle. Stand 8.

Habe jeden Mittwoch Freitag u. Sonnabend

gute Hammelfleischware

zum Verkauf.

Bruno Zeidler, Wehrstedt.

Kammer- **KL** Lichtspiele

Verlängert

das großartigste Geschichtsgemälde

„Bismarck"

Ein Kulturdokument aus der größten Zeitepoche Deutschlands wird geradezu zur unauslöschbaren Erinnerung eines jeden Deutschen. Der allabend begeisterte und zum Schluß stürmische Jubel beweist, daß der Film ausgezeichnet gefällt —

bis

Donnerstag, den 23. Juni

Ferner zeigen wir noch ein recht unterhaltendes Großlustspiel

Der siebente Junge
6 Akte 6 Akte.

Die Vorstellungen beginnen nachmittags 4 Uhr, 6/7 Uhr und 8½ Uhr.

Quedlinburgerstraße Nr. 1

„Torpedo"

Das Ideal des Sportsmannes, die anerkannt besten Rennmaschinen sind eingetroffen

Otto Bartels, Mechan.-Meister
Woort 15

Großes Lager in nur erstklassigen Qualitäts-Marken-Rädern wie: „KAYSER" und „TORPEDO"
Zahlungs-Erleichterung. Fachm. Reparatur-Werkstatt

Simons Brot:

Das echte **Kasseler Simonsbrot** wird nicht nur von Magen-, Darm- und Zuckerkranken mit großem Erfolg gegessen, sondern auch von Sportlern und Touristen besonders bevorzugt.
Kasseler Simonsbrot regelt die Verdauung in der angenehmsten Weise und verhindert lästigen Reizanlaß. Für die Jugend ist Kasseler Simonsbrot unentbehrlich, weil in ihm alle Vitamine und Nährstoffe des Getreidekorns unzerstört enthalten sind.

Echt und frisch erhältlich bei:

Gebr. Schmidt, Lebensmittelgroßhandlung.

Zahnbürsten

Damen-, Herren- und Kinder-Zahnbürsten
Ia Borsten, weich, mittel und hart von Mk. 0.45 bis Mk. 2.25
Dachshaarbürsten
Gebißbürsten
zum Reinigen künstlicher Zähne

Parfümerie C. MIDY
Breiteweg 60 Fernsprecher 1927

Eisgelagert

Ia Molkereibutter Stück 95 Pf.
Tafelmargarine Pfund 55 Pf.
Kokosfett in Tafeln Pfund 60 Pf.

Asmussen & Wenzl, H. d. Aichthaus 6.

„WALDFLORA"

Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Teo) sind in folgenden Nummern erhältlich:

Bei: Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Aderverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung .... Nr. 0
Bei: Zuckerkrankheit ..... Nr. 1
„ Blasenleiden ..... Nr. 3
„ Nierenleiden ..... Nr. 4
„ Lungenleiden, Asthma ..... Nr. 5
„ Gallensteinen ..... Nr. 6
„ Magen- und Darmleiden ..... Nr. 8
„ Nerven- und Herzstörungen ... Nr. 9
„ Stuhl-Störungen ..... Nr. 10

Als unentbehrliches Hausmittel verlangen Sie nur: Pflugs echt austral. Eucalyptus-Öl in der Dreikantflasche.

Verkauf in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern. Druckschriften über „Waldflora" erhalten Sie dort kostenlos.

Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

Zu haben
Kaiser-Apotheke. Drog. Carl Baudorff Nachf., Inh. Gustav Himmelreich. Engel-Drogerie, Breiteweg 46. Drogenhandlung Otto Henicke, Bakenstr. 9. Drogerie Carl Schilling Martiniplan 16. am Dom. Drogerie G. Kamm, Hoheweg 48. Löwen-Drogerie. Reformhaus Gesundheit, M. Römer, Domplatz 11.

Vertreter: Paul Glass, Leipzig, Brüderstr. 19. Telephon 10 057.

Gewerkschaftshaus.

Billiger, guter Mittagstisch
(auch nach 4 Uhr)
zum Preise von 70 Pfennig.
Anmeldungen erbittet **G. Bollmann.**

Große

Lagerräume

mit Kontor, Mitte der Stadt gelegen, zum

1. August zu vermieten.

Angebote unter C. 121 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Inserieren bringt Gewinn!

Beachten Sie morgen die Anzeige für die

Nacht-Vorstellung im Lichtschauspiel-Haus

Für Wanderer und Naturfreunde

haben wir vorrätig:

Hermann Löns	Mein braunes Buch . . Kraut und Lot . . . . . Der letzte Hansbur . . . und viele andere	fest kartoniert je 2.30 Mk.
	Dahinten in der Heide . Die Häuser von Ohlenhof Der zweckmäßige Metzer	in Ganzleinen gebunden je 5.00 Mk.
Curt Grottewitz Wilh. Bölsche	Unser Wald . . . . . (Ein Volksbuch)	Ganzlein. 4.80 Mk.
	Sonntage eines Großstädters in der Natur	Ganzlein 1.40 Mk.
Wilh. Bölsche	Die sächsische Schweiz . . (Erwand. deutsche Geologie)	Ganzlein. 2.00 Mk. kartoniert 1.00 Mk.
Edwin Hoffmann	300 Wanderungen in den Harz. (Ein Handbuch für Harzwanderer)	kartoniert 0.75 Mk.

Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Das Nähen

des Israel. Frauenvereins findet Donnerstag Spiegelstraße 6 statt.

Servus
best. Schwaben-, Ameisen- und Käfertod.
Schachtel 45 Pfg.
F. C. Günther, Drogerie.

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. Ratsapotheke.

Weißpinsel, Tapezierbürsten, Deckenbürsten
und
Anstreichpinsel
empfiehlt in verschiedenen Qualitäten zu billigsten Preisen
Paul Woldmann,
Halberstadt.
Hoheweg 11.

Gebildetes Fräulein, 30 Jahre alt, sucht Stellung im Haushalt, wo selbige sich im Kochen noch weiter ausbilden kann. Gute Behandlung und Taschengeld. Offert. unter D. 122 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Tüchtiger Lebens-Versicherungsfachmann als
Bezirksinspektor
für den Bezirk Halberstadt per sofort gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Erfolgsnachweisen unt. C 123 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Handels-Auskunfte!
Stauff & Moebus m.b.H.
Auskünfte, Inkasso
Heinrich-Julius-Straße Nr. 10

Zahnbehandlung: Zahnersatz
W. Küttner, Dentist
Jetzt: Breiteweg 34 II. Eingang Schuhstr.
Fernsprecher 1807.

Bettfedern aus erster Hand. Pfd. grau 60 Pf. geschl. 90 Pf., Rupf. 1.75, Halbdaune 2.75, 4.00, weiß Flaumrupf 4.00, beste 5.00, Daune 7.00, weiß 8.00—10.00, Schleifdaune 3.50—5.00, Oberbett Ia dicht. Inlett 8 Pfd. 12.00, 18.00, Kissen 3 Pfd. 3.50, 5.50 aufm. gegen Nachn. Muster, Preisl. frei, kein Risiko. Nichtpassend zurück.
Böhmisches Bettfedern-Spezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 48, Landsbergerstraße 43

Elektrische

Licht- u. Kraftanlagen

Erweiterungen, Reparaturen
Reparaturwerk für Elektromotoren
schnelle und preiswerte Bedienung.

Halberstädter Motoren-Werk
Tel. 2052. **H. Meurer** Domplatz 5.

Prima Fußboden-Oel
helle Ware, Pfd. 0.40 Mk.
bei **Lack-Behrens,** Dominikanerstr. 25

Aus Wernigerode

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Ausf.-Verordnung zum Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter werden die örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereine hierdurch aufgefordert, Vorschlagslisten zur Wahl der Beisitzer u. Stellvertreter für das Mieteinigungsamt bis zum **31. August d. Js.** einzureichen. Nach § 3 der Satzung für das Mieteinigungsamt der Stadt Wernigerode sind vorzuschlagen je 5 Beisitzer aus den Kreisen der Vermieter und der Mieter, ferner je 5 Stellvertreter. Vorzuschlagen sind nicht Personen, die zum Schöffenamt unfähig sind, ferner Personen, die nach § 7 des M. Sch. G. zu Beisitzern nicht bestellt werden sollen.

Wernigerode, den 20. Juni 1927.
Der Magistrat. Reichardt.

Kurtheater

Intendant: Rudolf Hartig.

Mittwoch, den 22. Juni 1927, abends 8¼ Uhr

Einmaliger Aufführung!

Eröffnungs-Gastspiel

Kolportage

Komödie von Georg Kaiser.

Karten zu 1.—, 1.50 u. 2.— Mk. im Vorverkauf Zigarrenhaus Rammé und Papierhandlung Schaffhäuser.

Wiederholt, ein Gastspiel!

Stammplätze sichern!

Dampffärberei,
Chem. Reinigungsanstalt

Walter Aps

empfiehlt sich zum Reinigen und Färben aller Herren-, Damen- und Kindergarderobe.
Fachmännische Behandlung
schnellste Lieferung
billige Preise
Für Sommergäste schnellste Lieferung
ohne Preisaufschlag

Träger, Eisen
Monier-Rundeisen
Gußeiserne Keller-, Stalle-, Fabrik- und Dach-Fenster
Portland-Zement
Zementkalk, Stuck- und Estrich-Gips
empfiehlt
Ernst Friedhof, Wernigerode.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 143. Mittwoch, 22. Juni 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 21. Juni.

Juninächte.

In diesen Nächten sollst du schlafen können!
Hoch ob der Luft, die noch von Blütendüften zittert,
Hängen die sehnsuchtsgroßen Sterne.
Auch du schaust sehnsuchtsgroß empor.
Hängt dir dein eignes Herz am Himmel?
Dir ist die Brust so sternenvoll!
Und wenn die Mädchen dir vorüberschreiten!
So voller Adel ist ihr Gang,
Als sei ihr Leib ein güldner Kelch,
Bis an das Haupt gefüllt mit süßem Wein.
Du hättst die Hände wie ein Bettler hin
Und wagst es nicht, den ganzen Kelch zu schlürfen.
Und so im Warten und im Wagenwollen
Verwehn die Tage dir im Wind,
Dir immerfort von Blütenkelchen trunken
Und in die Nacht dir wirre Träume bringt.

Max Barthel.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Eugen Diederichs Jena, dem ausgezeichneten Buche „Arbeiterseele" von Max Barthel entnommen.)

Die Sonnenfinsternis am 29. Juni.

Am 29. Juni wird eine totale (völlige) Verfinsterung der Sonne stattfinden, die in Deutschland allerdings nur als eine außerordentlich starke partielle (teilweise) zu beobachten ist, sodaß eine deutliche Abnahme der Helligkeit wahrgenommen werden wird. Das hauptsächlichste Interesse, das die Astronomen gegenwärtig einer Sonnenfinsternis entgegenbringen, gilt einmal der Erforschung der Corona, des Strahlenkranzes, der die Sonne umgibt, und der nur bei einer solchen Gelegenheit sichtbar wird, und zweitens der Prüfung der Lichtablenkung durch die Sonne, die aus der Einsteinschen Relativitätstheorie gefolgert wurde; sie muß sich durch eine Verschiebung der Sterne bemerklich machen, die bei einer völligen Verfinsterung der Sonne in ihrer Nähe sichtbar werden. Die Beobachtungen bei den letzten Finsternissen scheinen die Theorie zu bestätigen, die Ablenkung des Lichtes als tatsächlich vorhanden zu erweisen; allerdings handelt es sich um so geringe Verschiebungen, daß noch immer Zweifel an ihrer Feststellung geäußert werden. Die Natur der Corona einwandfrei zu enthüllen, ist den Astronomen und Astrophysikern bisher nicht gelungen, — dauert ja die totale Verfinsterung der Sonne, bei der allein die Corona sichtbar wird, stets nur einige Minuten, im höchsten Falle bis zu 7 Minuten. Die Hoffnung, diesmal den Schleier des Geheimnisses zu heben, ist recht gering, weil die längste Dauer der Verfinsterung nur 50 Sekunden beträgt; auch findet das Ereignis in den frühen Morgenstunden statt, wo die Sonne noch nicht sehr hoch über dem Horizont steht, was für die Beobachtung ebenfalls nicht günstig ist. Trotzdem begeben sich zahlreiche wissenschaftliche Expeditionen auch diesmal wieder in das Gebiet, in dem die Verfinsterung eine totale sein wird; diese sogenannte Totalitätszone verläuft südwestlich von Irland durch England etwa an der Grenze Schottlands, dann über die Nordsee durch die skandinavische Halbinsel, von wo sie das nördliche Eismeer und Ost-Sibirien bis zu der Inselgruppe der Aleuten durchzieht. Aus Deutschland werden fünf Expeditionen zur Beobachtung des Ereignisses nach dem nördlich Norwegen und Schweden gehen.

Wer in Deutschland den Verlauf der Finsternis beobachten will, muß schon früh auf dem Posten sein. In Berlin z. B. — in anderen Städten verschieben sich die Zahlen nur um wenige Minuten — beginnt der Mond schon um 5 Uhr 23 Minuten sich von rechts her, von Westen, über die Sonnenscheibe zu schieben. Nach etwa einer Stunde, um 6 Uhr 19 Minuten, hat er neun Zehntel der Sonne bedeckt, sodaß sie nur in ihrem unteren Teile als schmale Sichel sichtbar ist. Wenn die Sonne durch das Laub der Bäume scheint, entstehen bekanntlich auf der Erde runde Sonnenbildchen. Es wird reizvoll sein, zu sehen, wie diese Sonnenbildchen um diese Zeit nicht rund sind, sondern das Aussehen zarter Mondsicheln haben. Wer aber direkt die Sonnensichel sehen will, verfäume ja nicht, sein Auge durch ein geschwärztes Glas zu schützen, denn auch die zarte Sichel versendet noch so starkes Licht, daß das Auge dauernden Schaden beim unmittelbaren Hineinsehen erleiden kann.

Von dem Moment der größten Verfinsterung an wird der verdeckte Teil der Sonne langsam größer, und nach einer Stunde, um 7.20 Uhr, tritt links, am Ostrande, der letzte Teil des Mondes heraus und die Sonne erstrahlt wieder in gewohnter ungetrübter Helle und Reine.

Die Arbeitsmarktlage für Angestellte im Mai.

Wie das Landesarbeitsamt Magdeburg für Sachsen-Anhalt berichtet, hat die seit März zu beobachtende langsame Besserung der Arbeitsmarktlage für Angestellte im Berichtsmonat schnellere Fortschritte gemacht. Stärkere Entlassungen wurden nirgends beobachtet, wenn auch stellenweise noch Einzelkündigungen in größerem Umfange erfolgten. Demgegenüber waren aber die Abgänge von der Gesamtzahl der Stellensuchenden mit rund 900 bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Sachsen-Anhalts stärker als in den Vormonaten. Auch die Hebung der Vermittlungsziffern bestätigt den Eindruck einer unverkennbaren Besserung.

Der Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden beruht allerdings zum Teil auf jahreszeitlichen und zufälligen Ursachen. So hat das Einsetzen der Urlaubszeit bei Behörden und Privatbetrieben eine stärkere Nachfrage nach Vertretungen zur Folge gehabt. Auch sonst hatte eine Reihe von Behörden stärkeren Bedarf, so für Berechnung der Beiträge zur Invalidenversicherung, u. a. nahmen die Landesversicherungsanstalten in Merseburg und Weimar nennenswerte Einstellungen vor, für Einkommensteuerberechnungen und für Wohnungszählungen. Für den Magdeburger Arbeitsmarkt brachte die Theater-Ausstellung Unterbringungsmöglichkeiten. Im Einzelhandel wirkte sich das Pfingstgeschäft aus. Auch bleibt zu beachten, daß die in vielen Wirtschaftszweigen erheblich bessere Arbeitsmarktlage den Abfluß von Angestellten in Arbeiterstellen nicht unwesentlich erleichtert, und daß bei Notstandsarbeiten Angestellte in größerer Zahl Beschäftigung fanden.

Gleichwohl ist eine gewisse Konjunkturbesserung auf dem Arbeitsmarkt für Angestellte vorhanden. Sie zeigt sich u. a. darin, daß verschiedentlich wieder über etwas stärkere Nachfrage nach älteren Angestellten berichtet wird. Zum Teil boten auch die Branchen bessere Unterbringungsmöglichkeiten, deren Belebung bekannt ist, so das Baugewerbe, die Metall- und Maschinenindustrie, das Textilgewerbe. Im Einzelhandel war die Belebung besonders für die Bekleidungsbranche (Textil- und Schuhwaren) festzustellen. Soweit Arbeitskräfte fehlten, handelte es sich immer noch um besonders qualifiziertes Personal.

Die Arbeitsnachweisstatistik ergibt, daß bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Sachsen-Anhalt am 30. April insgesamt 6097 (6971 am 31. März) Angestellte vorgemerkt waren, davon 4794 (5467) männliche und 1303 (1504) weibliche. Vermittelt wurden im Laufe des Monats Mai insgesamt 854 Stellen gegenüber 697 im Monat April, davon 524 (458) männliche und 310 (239) weibliche. Es handelt sich in der Hauptsache um kaufmännische Angestellte, so bei den Vorgemerkten um 4198 von 6097.

Die Tragödie der unehelichen Mutter.

In der ersten Verhandlung der Halberstädter Schwurgerichtsperiode, die am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kunze begann, wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt gegen ein Hausmädchen wegen Kindestötung. Blaß und verschüchtert saß das junge Mädchen auf der Anklagebank, zaghaft und stockend beantwortete es die Fragen. Es war das übliche traurige Bild, das sich hier abrollte. Der Vater des zu erwartenden Kindes erklärte dem Mädchen, als es ihm seinen Zustand offenbarte, er könne nicht heiraten und auch für das Kind nicht aufkommen. Was sollte die Angeklagte nun beginnen? Ihren strengen Eltern wagte sie nichts zu sagen. Auch sonst hatte sie keinen mitfühlenden Menschen, dem sie sich anvertrauen konnte. Als sie nach Badersleben zu einer Hochzeit eingeladen war, nahm sie dort eine Stellung an, um nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren zu müssen. Bis zuletzt hat sie ihren Zustand zu verbergen gewußt. In ihrer schwersten Stunde war sie ganz allein, ohne jede Hilfe, in ihrem Schlafzimmer. Als das Kind geboren war, nahm sie ein Wäschehand und erdrosselte es damit. Später verbarg sie es in der Feuerung des Waschkessels. Die Herrin, der das Treiben der Angeklagten in den frühen Morgenstunden aufgefallen war, fand dann in ihrem Zimmer die Blutspuren. Anfangs leugnete die Angeklagte noch, ein Kind geboren zu haben, später gestand sie es dann ein. Die Angeklagte war heute voll geständig. Nach dem Gutachten des Dr. Fruböse, der die Leichenöffnung vorgenommen hat, ist es zweifelhaft, ob der Tod allein durch das Erdrosseln mit dem Wäscheband entstanden ist. Es sei möglich, daß es erst vollständig erstickt ist, nachdem es ins Bett gepackt war und von allen Seiten zugepackt war. Würgemerkmale waren am Hals vorhanden. Das Gericht glaubte, trotzdem die Angeklagte die mildeste Beurteilung verdient hätte, noch über die Mindeststrafe hinausgehen zu müssen und erkannte auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis.

*

Ueble Folgen der Klatschsucht. Durch Klatschsucht ist schon manches Unheil entstanden. Auch eine Frau J. hat es nur ihrer Klatschsucht zu verdanken, daß sie jetzt einige Monate dazu verurteilt ist, auf Staatskosten zu leben. Die Angeklagte ist seit langen Jahren Wirtschafterin bei einem Halberstädter Hausbesitzer, einem 72jährigen Mann. Es scheint aber so, daß in Wirklichkeit die Wirtschafterin der wirkliche Hausdirigent ist, während sich der alte Mann ihr zu fügen hat. Einer der Mieter, mit dem sie ihre Klatschereien zu arg getrieben hatte, erklärte dem Hauswirt eines Tages, wenn das nicht aufhöre, werde er die Miete in Zukunft nicht mehr im Voraus zahlen. Nachdem er schon wieder in seiner Wohnung war, konnte Frau J. ihre Zunge nicht zügeln und gebrauchte allerhand Schmähelworte. Darauf kam der Mieter wieder herunter, um sich das zu verbitten. Der alte Hauswirt, der offenbar durch seine Wirtschafterin aufgehetzt war, drohte, er wolle ihm mit einem Messer zu Hause. Der Mieter mußte sich natürlich dagegen wehren. Daraufhin wurde von dem Hauswirt Klage erhoben wegen Aufhebung des Mietsverhältnisses. In diesem Prozeß vor dem Mietsgericht wurde die Wirtschafterin als Zeugin vernommen. Sie behauptete unter Eid, daß sie nicht geschimpft habe und daß der Hauswirt auch die Drohung mit dem Messer nicht gebraucht habe. Einige andere Hausbewohner, die noch ihr vernommen wurden, bezeugten aber das Gegenteil. Dadurch kam es zur Anklageerhebung wegen Meineid. Die Angeklagte blieb auch heute bei ihrer Darstellung des Vorfalls. Sie bezeichnete die gegenteiligen Aussage als Rache. Sie sei verhaßt, weil sie im Luisenbund ist. (!!!) Das Gericht hielt fahrlässigen Falscheid für erwiesen und erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Heimatgift.

Roman von Carl Conte Scapinelli.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Aber darauf achtete Gottfried nicht. Er begann wieder:

Du wirst mir Rechenschaft geben, was du mit ihr gemacht hast. Ich fordere es. Ich will nicht, daß du so an ihr handelst! Du hast sie genossen und weggeworfen. — Das mag so deine Art sein, aber ich werde es dir wehren. — Und wie du es mit der gemacht hast, so spielst du jetzt mit Klara, — so tändelst du fort seit Jugend auf. Aber du wirst mir sie heiraten! Du wirst!"

Hier stutzte selbst Gottfried in seinem Rausche einen Augenblick, auf welche unselige Idee war er da verfallen. Aber das Wort war heraus, und der Alkohol ging schon wieder mit ihm durch.

„Ich dulde derlei Spielereien nicht. Meine Schwester ist mir zu gut, als daß du sie an der Nase herumführst!"

Da stand Bruno auf: „Zum siebenmal sage ich dir, mäßige deine Worte; du magst hundertmal betrunken sein, das gibt dir noch lange kein Recht, dich als Anwalt deiner Schwester Klara aufzuspielen!"

„Ja, ich habe das Recht, ich habe das Recht und die Pflicht. Der Vater ist ja in dich ganz vernarrt, aber Klara soll nicht auch so unglücklich werden wie ich, durch dich!"

„Narr!" sagte Bruno. Aber es blieb ihm doch ein Stachel von des Betrunkenen plumpen Worten zurück.

„Trink aus, gehe heim! Sonst wirst du es bald nicht können!" riet er ihm.

Bruno läutete nach dem Kellner und zahlte seinen Teil.

Einen Augenblick schien es, als wäre Gottfried eingeschlafen.

Doch kaum wollte sich Bruno erheben und ihn seinem Schicksal überlassen, da sprang auch dieser schon taumelnd auf, stellte sich trotz seiner Kleinheit und Schmächtigkeit breitspurig vor Bruno und schrie mit fuchtelnden Händen:

„Keinen Schritt gehst du mir weiter, keinen Schritt, ehe du mir Rechenschaft gegeben hast, erstens wo das Weib meiner Träume ist, und zweitens ob du Klara heiraten wirst!"

Und als reizte Bruno die Frechheit des Betrunkenen, entgegnete er fast ruhig aber eindringlich: „Ich heirate weder deine Schwester noch laß ich die Magda!"

Der ganze Trotz des gesunden, starken Menschen stieg in ihm auf: „Weg jetzt, du Jammerkröte."

Aber der Rausch hatte den kleinen Gottfried mutig gemacht, noch stand er, zwar leise torkelnd, aber breitspurig vor ihm. —

Da holte Bruno mit dem Ellenbogen aus, ein Ruck, und Gottfried taumelte zur Seite, stieß an einen leeren Tisch und fiel nieder.

Ein Lachen laut und grell, daß es dem Taumelnden allen Halt nahm, ein mühsam herausgepreßter Fluch aus dessen fallenden Lippen, und schon stieg Bruno ruhig, als wäre nichts geschehen, die Treppe herunter.

Und doch war viel geschehen, mehr, als sich der Betrunkene morgen früh erinnern würde, weit mehr.

Gottfried hatte sein Verhältnis mit Klara besudelt, er hatte mit roher, plumper Hand, mit garstigen Gedanken hineingegriffen, und in der Wut, im Zorn, im Trotz hatte Bruno sie, seine Ehrlichkeit, alles verleugnet!

Was galt es, daß der Mann im Rausch gesprochen, was galt es, daß er sich morgen der ganzen Sache kaum würde erinnern können! Er, sie, ihre unklaren, tastenden Wünsche waren besudelt, beschmutzt!

Der Trunkene war ja ihr Bruder, er sprach nur aus, was und wie ganz Freimarkt dachte, er war der öffentliche Ankläger des ganzen Orts. Denn jetzt begriff er auch, warum sich aller Augen auf ihn und Klara richteten, wenn er über den Marktplatz, wenn er in den „Anker" kam, warum alle listig und schlau lächelten.

Was er für sich, was er für Klara als einen ganz besonderen heiligen, edlen Bund angesehen hatte, als einen Pakt, der ihm und ihr Kraft zum Aushalten geben sollte, sahen die Freimarkter als eine gelle Tändelei an und mahnten vielleicht mit scheinheiligem Wohlwollen den Bruder, von Bruno die Ehe mit seiner Schwester zu verlangen.

Die einen schoben ihm ehrliche Absichten zu, weil er dadurch Unehrliches erreichen, den Bau der Wasserleitung als Schwiegersohn eines Gemeinderatsmitgliedes sich erzwingen wollte. Und die, die seine Absichten mit Klara für keine ehrlichen hielten, die entrüsteten sich und freuten sich doch im geheimen, daß auch des Professors Pöringers Tochter keinen Mann bekäme, trotz aller Anstrengung. Denn es war nicht leicht in Freimarkt, einen Mann zu bekommen.

Ein tiefer Ekel hatte Bruno erfaßt, da er an das alles denken mußte, als ihm das alles klar geworden war! Begeifert, besudelt vom Heimatgift. Auch in ihr Herz würden sie es tragen, auch zu ihr würden diese Schleicher mit derlei Gedanken kommen, und ohne es hindern zu können, würde sie ihm beschmutzt werden, vom Gifte befleckt. — Sie war es vielleicht schon. War all die Ziererei echt, war ihre Seele, ihr Körper wirklich so mimosenhaft empfindlich, oder waren das vielleicht schon unbewußte Vergiftungserscheinungen?

In schweren Gedanken schritt er dahin durch die nächtlichen Gassen.

Oben im Saal lag Gottfried betrunken! — Hatte er sich wieder hinreißen lassen, seine Faust zu gebrauchen, wo er vielleicht noch mit Worten etwas hätte erreichen können! dachte Bruno.

Aber der gerechte Zorn hatte ihn übermannt. Das also war übriggeblieben von jenem stolzen, scheuen Jüngling, mit dem er einst die Stadt befreien wollte; das!? Ein Schwächling, ein am Leben irrgewordener Schwächling, der sich mit Wein täglich Mut antrank.

Allein, ganz allein stand er nun da, — auch nicht mehr rein, auch schon besudelt, auch schon von Nebenabsichten getrieben!

Doch da fiel ihm erst wieder ein, was der Professor heute abend von den Verhandlungen in der Gemeinde erzählt hatte. So blieb ihm ja immer noch sein Jugendtraum. Den wollte er sich rein erhalten. Und das reine Wasser des Marquartsberges würde alles Heimatgift wegschwemmen, und die Arbeit würde ihn rein erhalten, — rein, mutig, offen und kampfbereit.

Viertes Kapitel.

In der Gemeindestube von Freimarkt tobte der Kampf. Einige neuerliche Typhuserkrankungen im Herbst hatten das Thema einer neuen Wasserleitung wieder aufs Tapet gebracht. Und diesmal ließen die Freunde der neuen Idee nicht mehr locker brachten Berichte des Bezirksarztes zur Verlesung, ließen durch Geologen die Grundwasserverhältnisse prüfen und ruhten nicht eher, bis der vorsichtige Bürgermeister Dr. Wohlgemuth immer mehr zu ihren Ansichten hinneigte. Sollte der Bau schon zustande kommen, dann wollte wenigstens auch auf sein Haupt der Ruhm des Anregers und Leiters des neuen Unternehmens fallen. Denn man will nicht nur von unten seine Anerkennung ernten, man will auch oben bei den Behörden lieb Kind sein. Und tatsächlich begann man von seiten der Bezirkshauptmannschaft und der Statthalterei immer energischer auf den Bau einer Wasserleitung zu dringen.

Die prinzipielle Genehmigung von seiten der Gemeinde zum Bau war nach langem Kampf von der Majorität gegeben worden. Wenn es schon durchaus sein müßte, nun gut, aber nun hieß es möglichst billig und ohne allzuviel Aufgraben und Straßenaufreißen!

Weit schwieriger konnte man sich noch über ein nur generelles Projekt einigen. Der Gutsherr von Freimarkt hatte durch seinen Schloßverwalter und Archivar Professor Pöringer einige gute Quellen, die sich am Fuße des Marquartberges sammeln und fassen ließen, der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung stellen lassen. Aber damit waren nicht alle ganz einverstanden. Viele meinten, dadurch würde die Leitung zu lang und zu kostspielig, und man hätte sicher in der Nähe auch gute Quellen. Am meisten schrie Oekonom Prarlmeier, der im „Wald", wie ein kleiner Hügel hieß, der ihm gehörte, eine herrliche Quelle zu besitzen vorgab, die er durchaus der Gemeinde verkaufen wollte.

„Man will doch bei so was a was verdienen!" meinte er offen. Der Bürgermeister suchte nach Quellen auf Gemeindegrund, die würden auch nichts kosten. Und man brauchte dann die des Grafen nicht anzunehmen, denn sonst hieß es immer „Dank der hochherzigen Spende unseres Gutsherrn usw." Nein, es sollte heißen: „Dank der Einsicht unseres verehrten Herrn Bürgermeisters Dr. Wohlgemuth usw.".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0005

Sommersanfang.

Wir schreiben heute den 21. Juni. Das ist ein ganz besonderer Tag. Heute ist nämlich Sommersanfang. Wer lacht da? Das glaubt natürlich Keiner. Man braucht ja nur zum Fenster hinauszusehen, um der ungläubige Thomas zu sein. Man kann es einfach nicht glauben. Entweder ist der Kalender falsch, so daß noch garnicht Sommersanfang ist, oder aber der Sommer steht verkehrt. Ein Kalender ist zuverlässig. Was darin steht, ist Gesetz. Am 21. Juni ist Sommersanfang. Rätselbild Wo ist der Sommer? Heute früh war Sonnenschein, himmelblauer Himmel, Ferienstimmung, Wanderlust. Und nun geht es schon wieder los. Das heißt es regnet noch nicht — aber das kann noch kommen. Dafür aber rutschen dicke weiß Wolken am Himmel vorüber, und Klärchen versteckt immer wieder verschämt das Gesicht hinter einem grauen Wolkensetzen. Setzt der erste offizielle Sommertag das Stürmen und Brausen fort, mit dem der Frühling gestern Abschied nahm? Wer kann es wissen? Es scheint eher so als nicht so. Der Sommer steht in diesem Jahr verkehrt und wer ist Schuld daran? Die Republik und der 9. November. Früher hatten wir unser tägliches Kaiser-(Sau-)Wetter. Heute ist uns zwar nur das Hakenkreuz übrig geblieben. Kann uns die Sonne da noch ins blaue Auge blicken und den blonden Schopf kitzeln? Dabei brauchen wir sie wie unser tägliches Brötchen. Vom Konsum zum Konsum.

O, treulose Sommer! Alles steht verkehrt.

— **Ein Fest der Arbeit am 3. Juli.** Turner, Sportler, Sänger begehen zum ersten Mal gemeinsam am 3. Juli den Reichsarbeitersporttag. Die Massengesänge der Arbeitersänger und die Darbietungen der Sportler finden nachmittags auf den Kuhborn statt. Dort sind Erfrischungen aller Art zu haben, besonders auch reinstreie Milch zum billigsten Preise. Ein Besuch dieses Festes auf der herrlichen vom Wald umgebenen Kuhbornwiese bringt viel Freude. Darum haltet den 3. Juli für den Arbeitersporttag frei.

— **Die Möbel im Delirium auf die Straße geworfen.** Der seit Jahren keiner Beschäftigung nachgehende angebliche Ingenieur Fritz Mues, Am Kapitelsberg 1b wohnhaft, hat am Freitag abend in einem Anfall von Delirium in seiner Wohnung alles kurz und klein geschlagen. Aus dem Bodenfenster warf er Sofa, Standuhr, Sessel usw. Eine Dame erlitt auf der Straße einen Nervenchock. M., der früher beim Korps Lüttwitz stand und von seiner ersten Frau geschieden ist, hat auch eine Reihe von Scheckschwindeleien dadurch verübt, daß er Schecks auf das Konto dieser Frau ausstellte, das garnicht mehr existierte. Auch mit seiner zweiten Ehefrau lebt er zum zweiten Mal in Ehescheidung. Vor dem Hause hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die M. mit einem Beil und auch mit Erschießen bedrohte. M. wurde schließlich in Haft genommen. Ein Strafverfahren wird gegen ihn eingeleitet.

— **Gewerkschaftsfest.** Mittwoch abend 7 Uhr, im „Monopol", Sitzung der Gewerkschaftsfestkommission. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

— **Im braunen Kohl.** Das Reichsbanner veranstaltet am kommenden Sonntag im braunen Kohl eine Kaffeepartie, auf die alle Freunde und Gönner mit ihren Familien heute schon aufmerksam gemacht werden.

— **Kurtheater-Eröffnung.** Am Mittwoch, den 22. dieses Monats findet das erste Gastspiel unter der Leitung des Intendanten Rudolf Hartig statt. Die erfolgreiche Komödie Georg Kaisers „Kolportage", die stets größte Heiterkeitsstürme auslöst, geht in Szene. Dieses auch literarisch wertvolle Bühnenwerk bietet allen Hauptdarstellern des für Wernigerode neuen Künstlerensembles dankbare Einführungsrollen. Die Mehrzahl der Mitglieder gehörte in der letzten Winterspielzeit der Mittelbeutschen Bühne, Braunschweig an, so die Herren Martin Thiel (zuvor Stadttheater Bremen), Bernhard Eckert, Hans Jerrow, Heinz Klinck, die Damen Margret Rudolph und Hanne Zschege, dazu Johanna Flessa (Schauburg Hannover a. G. und Trude Wilhelmy (Stadttheater Memel). Der Vorverkauf ist in den bekannten Stellen bereits eröffnet und empfehlen wir unseren Theaterfreunden sich Stammplätze zu sichern.

Aus Halberstadt.

* **Der Kieler Parteitag im Film.** Im Auftrage des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Abteilung Lichtbild und Film, in Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ist unser Kieler Parteitag in seinen wesentlichen Einzelheiten verfilmt und noch während der Tagung den Delegierten vorgeführt worden. Der Film hat erfreulicherweise so viel Anklang gefunden, daß ein sehr großer Teil der Bezirke ihn zur Berichterstattung über den Parteitag verwendet. Auch eine ganze Anzahl von Kinobesitzern führt diesen Film als Beiprogramm in ihren Theatern vor. Es ist wohl das erstemal in der Geschichte des Films, daß eine politische Partei ihren Parteitag verfilmt hat und die Aufnahmen so großzügig zur Berichterstattung verwendet.

* **Gartenfest im Schreberverein Dr. Schreber.** Am Sonntag, den 19. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr beging der hiesige Schrebervereein „Dr. Schreber" E. V. sein 2. Gartenfest. Trotzdem das Wetter unbeständig war, waren doch viele Gäste und Mitglieder erschienen zum Umzug. Vor dem Abmarsch verteilte der Vorstand noch Fähnchen usw. für die Kinder. Darnach setzte sich der Zug in Bewegung, es ging über die Seydlitzstraße zum Gartengelände. Hier entwickelte sich bald ein fröhliches Treiben, welches bis zum späten Abend anhielt. Um 1/10 Uhr abends fand zum Abschluß noch ein kleiner Fackelzug statt. Wir wollen nicht verfehlen, dem Vorstand sowie den Herren A. Schulze und Albin Schmidt unseren besten Dank auszusprechen.

* **Paßzwang zum Uebertritt in das Danziger Gebiet.** Es mehren sich die Fälle, in denen Personen aus den westlich gelegenen Gebieten ohne Pässe oder nur mit einem Personalausweis versehen nach Marienburg kommen, um in das Danziger Gebiet einzureisen. Diese Personen werden dann an der Uebergangsstelle angehalten und zurückgewiesen. Im Interesse des reisenden Publikums weist der Amtliche Preußische Pressedienst deshalb erneut darauf hin, daß zum Grenzübertritt auch bei sichtvermerkfreien Zügen nach dem Freistaat Danzig für die westlichen Gebiete des Korridors ein Paß, für Reisende aus Ostpreußen der Personalausweis für den kleinen Grenzverkehr erforderlich ist.

* **Das mittlere Reifezeugnis nach dem Besuch von Fachschulen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Erlaß des Preußischen Handelsministers entnimmt, wird das Zeugnis der mittleren Reife erteilt nach erfolgreich abgeschlossenem Besuch von Fachschulen, die Volksschulbildung und mindestens zweijährige Berufspraxis voraussetzen, einen mindestens zweijährigen Lehrgang mit vollem Tagesunterricht haben und eine in sich geschlossene berufliche Bildung vermitteln. Sie müssen ein bestimmtes Maß fachlich-theoretischer Bildung geben, wie es für die gehobenen Berufe erforderlich ist. Solche Schulen sind u. a.: staatliche und städtische Baugewerksschulen, Bergschulen, Kunstgewerbe- und Handwerkerschulen, staatl. und städtische Maschinenbauschulen, staatliche Seefahrtsschulen, Lehrgänge zur Ausbildung von Haushaltspflegerinnen.

* **Volksbühnentag in Magdeburg.** In der Zeit vom 23. bis 26. Juni wird in Magdeburg der 8. deutsche Volksbühnentag, mit dem Hintergrund der großen Deutschen Theater-Ausstellung stattfinden. Die Veranstaltung bringt in ihrem Rahmen nicht nur eine Reihe wichtiger Vorträge, sondern will auch durch besondere künstlerische Veranstaltungen einen Ueberblick über das bieten, was die Arbeit der Volksbühnenorganisationen zuwege gebracht hat. Außerdem sind Führungen durch die Theaterausstellung und die Sonderschau vorgesehen, die der Verband der deutschen Volksbühnenvereine im Rahmen der Ausstellung veranstaltet. In Anbetracht des künstlerischen Wertes der Veranstaltungen hat Kultusminister Dr. Becker genehmigt, daß Lehrern und Lehrerinnen, die an der Tagung teilnehmen wollen, der erforderliche Urlaub ausnahmsweise erteilt wird, sofern nicht dienstliche Gründe entgegenstehen.

* **Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.** Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende neuere Rechtsentscheide in Aufwertungsfragen bekannt: Hat der Gläubiger in der Rückwirkungszeit oder unter Vorbehalt eine Zahlung als Erfüllung angenommen und darüber Quittung erteilt, der Grundstückseigentümer sodann die von ihm erworbene Eigentümergrundschuld unter Umwandlung in eine Hypothek an einen anderen abgetreten, so muß sich der frühere Gläubiger den Goldmerk der Zahlung auf seinen Aufwertungsbetrag anrechnen lassen, und zwar nur diesen, wenn er mehr beträgt als die Summe der Aufwertungsbeträge der ihm zeitlich nachfolgenden Gläubiger, andernfalls nur die letztere (1. Zivilsenat v. 12. 5. 1927; I. X. 308/27). Zu den in der Zeit vom 14. Februar 1924 bis 1. Oktober 1924 von einem anderen erworbenen Rechten im Sinne der Vorschrift des § 6 Abs. 2 AwG. gehört auch eine in diesem Zeitraum gemäß der Vorschrift des § 1196 BGB. bestellte Eigentümergrundschuld, sofern sie dem Eigentümer noch im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Aufwertungsgesetzes zustand (19. 5. 1927; I. X. 362/27). Verkauft eine Stadtgemeinde ein Grundstück und wird das für sie begründete Restkaufgeld für deren Sparkasse, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, eingetragen, so liegt eine Abtretung des Restkaufgeldes an einen Dritten nicht vor (9. Zivilsenat v. 19. 5. 1927 Aw. III. 1775/26). Art. 19 der Verordnung zum AwG. findet auch Anwendung im Falle eines Aufrechnungsantrags. Ein dabei vom Gläubiger erklärter Vorbehalt seiner Rechte aus der Geldentwertung ist wirkungslos.

* **Wo gibt es die billigen alten Kartoffeln?** Wir brachten gestern eine bildliche Darstellung darüber, wie der Brotkorb für das deutsche Volk immer höher gehängt wurde. Vor dem Kriege kosteten danach die Kartoffeln 35 Pfg., vor 6 Monaten 55 Pfg. und so gings im lustigen Hoppsassa weiter, bis, dem Bilde nach, die Kartoffeln auf 85 Pfg. in dieser Woche gestiegen sein sollen. Das ist natürlich der Preis für alte Kartoffeln. Neue kosten viel mehr. Aber wir sind ja schon mit verrunzelten alten zufrieden, wenn auch ab und zu mal eine seifige dabei ist. An die schönen glatten Maltakartoffeln reichen Arbeiterlöhne nicht heran. Nun kommt eine Flut von Anfragen an uns. Man will nämlich wissen, wo wir diese billige Kartoffelquelle entdeckt haben, um sich mit alten Kartoffeln zu versorgen, solange noch nicht die hiesigen frühen Kartoffeln auf den Markt kommen. Leider können wir eine solche Quelle aber nicht angeben. Als das Bild hergestellt wurde, kosteten die Kartoffeln e r s t 85 Pfg. Aber es geht nun schwunghaft weiter von Tag zu Tag. Vorgestern wurden 10 Pfg. für das Pfund alte Kartoffeln verlangt, gestern 12 Pfg. und 14 Pfg. Wir leben in einer Kartoffelinflation.

J. N. **Ein herrenloses Fahrrad auf dem Johannesbrunnen.** Gestern abend ist auf dem Johannesbrunnen ein Fahrrad, Marke „Ideal" gefunden worden. Das Rad hat schwarzen Rahmen und schwarze Felgen, nach oben gebogene Lenkstange mit schwarzen Griffen und Gepäckhalter. Der Eigentümer kann sich beim Krim.-Kommissariat hier melden.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Halberstadt
Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr ist unsere Zusammenkunft im „Gewerkschaftshaus". Zur Diskussion „Das kommunistische Manifest".

Aus Quedlinburg.

— (Der grosse Flugtag) am 26. Juni — also am Sonntag in acht Tagen — dürfte für die Bevölkerung des Ostharzes ein Ereignis werden. Die Osnabrücker Fliegersport-Gesellschaft wird vier ganz hervorragende Kunstflieger stellen, die sämtliche Arten von Kunstflügen vorführen werden. Fallschirmabsprünge eines Herrn und einer Dame werden bestimmt stattfinden. Weiter Flugzeugjagd auf Ballons, Flugzeugrennen und eine große Jahl von Passagierflügen, wozu die Luftverkehrs-Aktiengesellschaft Niedersachsen, eine Dochtergesellschaft der Deutschen Lufthansa, Kabinenflugzeuge stellen wird. Daß es an sportlichen Ueberraschungen nicht fehlen wird, dafür sorgt der Ruf der Fliegersportgesellschaft Osnabrück, die die größten Flugveranstaltungen in den norddeutschen Städten mit bestem Erfolg durchgeführt hat. Die Teilnehmerzahlen bei den Flugveranstaltungen waren ganz außerordentliche. Gewöhnlich war ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Bevölkerung anwesend. Man wird deshalb für den großen Flugtag am 26. Juni bei einigermaßen günstigem Wetter mit einer Beteiligung von 8000 bis 10 000 Personen rechnen können. Die Vorbereitungen werden so durchgeführt werden, daß sich der Verkehr zum und auf dem Flugplatze reibungslos vollziehen wird. Es wird möglich sein, etwa 2000 bis 3000 Personen mit Autoomnibussen zum Platz zu befördern. Schon heute kann mitgeteilt werden, daß der eigentliche Flugplatz, insbesondere das sogenannte Rollfeld, aber nicht betreten werden darf, sondern daß sämtliche Zuschauer außerhalb der Umzäunung bleiben müssen. Um den finanziellen Erfolg der Veranstaltung, die sehr hohe Unkosten verursacht, zu sichern, werden sämtliche Zugangswege zum Flugplatz schon in weiter Entfernung des Platzes gesperrt werden. Also der Zufahrtsweg von der Quarmbachsmühle, vom Landgraben und von der Gernroderchaussee. Es wird diesmal durch Aufstellung von 8 Kassen dafür gesorgt werden, daß jeder unnötige Aufenthalt vermieden wird. Karten für reservierte Sitzplätze werden in ausreichender Menge durch das städtische Verkehrsbüro ausgegeben werden. Der Vorverkauf für die Passagierflüge wird ebenfalls dort stattfinden. Daß auf dem Flugplatz während der Dauer der Veranstaltung Konzert stattfinden wird und daß auch für Erfrischungen in gehörigem Umfang Sorge getragen sein wird, bedarf kaum der Erwähnung. Die Veranstaltung, die in Verbindung mit dem städtischen Verkehrsamt vor sich gehen wird, wird nach jeder Richtung die hohen Erwartungen, die man hier bei dem guten Ruf der Fliegersportgesellschaft Osnabrück voraussetzt, erfüllen.

Aus Thale.

— (Eröffnung des Bergtheaters.) Die Eröffnung erfolgt am 9. Juli d. Js., nachmittags 4 Uhr mit Hebbels „Nibelungen". Direktor Pabst ist bereits wieder in Thale eingetroffen, um die für die Spielzeit nötigen Vorbereitungen zu treffen. Die Direktion hat in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß für das Bergtheater, für die Gewerkschaften und Vereine pp. wiederum sehr ermäßigte Preise festgesetzt, sodaß es auch der Arbeiterschaft von Thale und Umgegend möglich sein wird, injolge der neuen Arbeitszeit, das Theater auch mal außer Sonntags besuchen zu können. Der Wettergott wird hoffentlich soviel Einsicht haben und die Spielzeit ständig mit Sonnenschein beglücken.

— (Gewerkschaftsfest am 24. Juli). Wir weisen heute schon darauf hin, daß das diesjährige Gewerkschaftsfest am 24. Juli stattfindet. Das Programm wird in den nächsten Tagen veröffentlicht, doch soviel sei heute schon gesagt, daß der Vorstand keine Kosten und keine Mühe scheuen wird, um das diesjährige Gewerkschaftsfest zu einem wahren Volksfest mit Kinderbelustigungen zu gestalten. Also rüste jetzt schon jeder zum Gewerkschaftsfest.

Kreis Quedlinburg.

Hedersleben, 21. Juni. (Gesangskonzert im Freien.) Heute Dienstag, den 21. Juni, abends 9 Uhr, veranstaltet der Volkschor Hedersleben auf dem Platz vor dem Fürstenbergschen Lokale ein öffentliches Gesangskonzert. Die Einwohnerschaft ist freundlichst eingeladen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Die Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen.

Ergebnisse im Rechnungsjahre 1926.

In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses lag u. a. der Bericht der Direktion der Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt vor. Der Bericht zeigte ein günstiges Bild. Es sind im Rechnungsjahr 1926 eingereicht worden

3549 Anträge über 13 746 495 RM. Versicherungssumme.

Abgeschlossen wurden 2972 Anträge über 15 520 10 RM. Die

Pfiffig sammelt Erfahrungen

Der Lebensweg eines Menschen in 12 Bildern.

I.

Gewissermaßen sah der alte Pfiffig der Geburt eines neuen Familienmitgliedes mit einem tränenden und einem lachenden Auge entgegen. Nicht etwa das überhaupt Wehmut sein Herz beschwerte; nein, das wäre zu viel gesagt. Lediglich die bange Erwartung, wes Geschlechts der kommende Weltbürger sein würde, ließ dem alten Pfiffig die Zeit bis zum Eintreffen des ersten Schreies zur Qual werden. Also saß er in der Küche auf hartem Stuhl und rang verzweifelt die Hände. Langsam schlichen die Stunden des milden Frühlingstages dahin, nur hier und da unterbrochen von seltsamen Geräuschen aus dem Nebenzimmer, wo die bewährte Hebamme Frau Knesebeck ihres Amtes waltete.

Jetzt . . . ein Schrei aus einer anscheinend äußerst zarten Lunge . . . resolute Schritte, unverkennbar die der Frau Knesebeck . . . die Küchentür fliegt auf, schmettert dem alten Pfiffig gegen die Kniescheibe. Sein bereits zu einem kräftigen Fluch geöffneter Mund bleibt vor Staunen offen und nur ein dumpfes Glucksen entringt sich ihm. In der Tür steht nämlich die freundliche Hebamme und streckt dem alten Pfiffig ein rosa Etwas entgegen: „Gratuliere, Herr Pfiffig, ein Junge, ein frommer Junge, das hätten Sie auf Ihre alten Tage auch nicht erwartet, was? Geben Sie Ihrer Frau Gemahlin einen Kuß und dann gehen Sie schnell eine Stunde an die Luft, denn wir können Sie hier nicht gebrauchen."

So kam es, daß der alte Pfiffig, Vorarbeiter bei Schichau und 48 schwer durcharbeitete Jahre alt, mit seiner unerhörten Freude über den lang ersehnten und soeben eingetroffenen Stammhalter mutterseelenallein auf der Straße stand und nicht wußte, was er mit dem Ueberschwang des Gefühls beginnen sollte. Die ganze Welt, Freunde, Bekannte und Verwandte mußten doch erfahren, daß ein kleiner Pfiffig soeben angekommen sei. Was aber tun? Wen zuerst mit dieser Nachricht beglücken? Der glückliche Vater überlegte lange. Plötzlich hatte er eine Erleuchtung! Mit langen Schritten eilte er zur „Harzer Volksstimme", stürmte in die Anzeigenabteilung und schrie einer jungen Dame entgegen: „Ju-hu! heißt er". Mild lächelte die junge Dame, drückte dem aufgeregten Pfiffig stumm die Hand und flüsterte verschämt: „Wenn Sie mir jetzt noch Ihren Familiennamen verraten würden, und einen kleinen Betrag an der Kasse entrichten, so erfährt heute nachmittag ganz Wernigerode und Harz von Ihrer Familienvergrößerung."

Etwas ungläubig erwartete der alte Pfiffig das Eintreffen seiner Zeitung. Und siehe da, kaum breitete er das Blatt aus, da fiel ihm eine an bevorzugter Stelle geschmackvoll gesetzte Anzeige in die Augen:

Die glückliche Geburt eines gesunden,
kräftigen Jungen zeigen an

Wernigerode, den . . . April 1927

Max Pfiffig u. Frau Emma

Am nächsten Tage brachte der Postbote eine Fülle begeisterter Zuschriften von Freunden und Bekannten. „Siehste, Emma, das ist der Erfolg einer kleinen Anzeige in der „Harzer Volksstimme", sprach Pfiffig und häufte einen Arm voll Briefe und Karten auf das Bett der Wöchnerin. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0006

Anstalt erreichte damit für den 31. Dezember 1926 einen

Bestand von 8146 Versicherungen über 44 594 830 RM

gegenüber einem Bestand von 5764 Versicherungen über 31 939 190 RM. zu Beginn des Jahres 1926.

Da die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten mit ihrem Arbeitsgebiet auf die einzelnen Provinzen und Länder beschränkt sind, muß bei einem Vergleich mit einer im ganzen Deutschen Reiche arbeitenden Privatgesellschaft das Ergebnis der Gesamtheit der öffentlichen Anstalten herangezogen werden. Die im Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland zusammengeschlossenen Anstalten erzielten im Jahre 1926

124 320 Anträge über 323 176 026 RM. Kapital.

Die Zahl der Anträge ist gegenüber dem Vorjahre nach gestiegen, während die Versicherungssumme nur um rund 7 Millionen hinter dem Vorjahre zurückgeblieben ist. Der Bestand der verbundenen Anstalten erreichte die Höhe von 337 846 Todesfallversicherungen über 796 912 789 RM.

Durch Tod schieden bei der Anstalt 40 Versicherungen über 448 300 RM. Versicherungssumme aus.

Trotzdem die tarifmäßigen Beiträge der Anstalt sich auf einer relativ niedrigen Höhe bewegen, ist ein

Ueberschuß von 301 436,34 RM.

erzielt worden, ein günstiges Ergebnis. Die Steigerung des Ueberschusses von rund 100 000 RM. in 1924, über rund 200 000 RM. in 1925, auf rund 300 000 RM. in 1926, zeigt eine gleichmäßige Entwicklung. Freilich wird die Entwicklung für 1927 durch die Folgen einer allgemeinen Tarifsenkung, die den Versicherten zugute kommt, unterbrochen werden.

Die günstige Entwickelung der Anstalt hat den Verwaltungsrat veranlaßt, zu beschließen, daß für das Jahr 1927 eine Erhöhung der Versicherungsleistungen um 10 Prozent vorgenommen wird für alle diejenigen Versicherungen, die mehr als 2 Jahre in Kraft sind. Diese Bestimmung ist auch ausgedehnt auf die Versicherungen, die noch unter den alten Versicherungsbedingungen abgeschlossen waren, in denen die Beteiligung an dem Ueberschuß erst nach 5jährigem Bestehen der Versicherung vorgesehen war.

Die Unfallversicherung der Anstalt hat sich im Berichtsjahre gehoben. Es wurden 1242 Anträge über 80 121,75 RM. Jahresbeitrag eingereicht. Die Beitragseinnahme stieg auf 127 030,80 RM. Die niedrigen Beiträge der Anstalt haben sich als völlig ausreichend erwiesen, obwohl reichliche Rückstellungen für das Jahr 1927 gemacht worden sind.

Die Mitarbeit der Sparkassen, deren Verband Mitträger der Anstalt ist, war teilweise schon rege. Nachdem die Aufwertungs- und Umstellungsarbeiten bei den Sparkassen zu einem großen Teile durchgeführt sind, wird sie weiteren Aufschwung nehmen.

Aus dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten ist zu berichten, daß infolge der Teilung der früheren Provinz Schlesien in die Provinzen Ober- und Niederschlesien auch eine Teilung der dortigen Schwesteranstalt in zwei Anstalten stattgefunden hat, die sich beide bisher überraschend gut weiter entwickeln.

Ferner hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, daß für den Betrieb der Unfall- und Haftpflichtversicherung ein besonderer Verband öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten gebildet wurde, der in Personal-Union mit dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten verwaltet wird. Dieser Verband ist am 1. Januar 1927 ins Leben getreten.

In den Verwaltungsrat der Anstalt hat nach dem Ausscheiden früherer Mitglieder der Provinzialausschuß bzw. der Sparkassen- und Giroverband folgende ordentliche Mitglieder gewählt: Landwirt Lüsmer, Bliedungen, Buchdruckereibesitzer Dannemann, Stendal, und Oberbürgermeister Dr. Mueller, Weimar, sowie als Stellvertreter Oberamtmann Lindner, Erfurt, Dreher Kätzner, Magdeburg, Buchdruckereibesitzer Dr. Carlsohn, Halle, Landrat Böttcher, Wolmirstedt, Oberbürgermeister Stegmann, Apolda, Bürgermeister Boock, Meuselwitz.

Die weitere Entwicklung läßt sich nicht voraussagen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer in angespannter Lage. Die Schwankungen in der Anspannung des Geldmarktes machen sich auch im Neuzugang der Lebensversicherung und im Eingang der laufenden Beiträge bemerkbar. Immerhin läßt sich schon für die ersten Monate des Jahres 1927 eine leichte Besserung feststellen. Die Stockungen im Beitragseingang haben nachgelassen, der Neuzugang hat sich wieder etwas gehoben. Soweit bisher zu übersehen ist, verspricht daher das Jahr 1927 einen günstigen Verlauf.

Bernburg, 17. Juni. (Totschlag.) In der polnischen Arbeiterkaserne zu Zepzig erschlug der polnische Arbeiter Bernatzki seinen Arbeitskollegen Ignatz Pach mit einem Stockhieb über dem Kopf. Beide hatten am Sonntag in Waldau zusammen getanzt und waren anscheinend über ein Mädchen, obwohl sie beide verheiratet waren, in Streit geraten. Der Ermordete hat eine Frau und vier Kinder, die in Polen wohnen. Der Täter, der flüchtete, konnte in Halle verhaftet werden.

Hannover, 20. Juni. (Der Glockensturz in der Kreuzkirche.) Hier ist die neue, 25 Zentner schwere Glocke der Kreuzkirche aus 70 Meter Höhe abgestürzt. Die Glocke war nachmittags von der Gemeinde feierlich eingeholt und geweiht worden. Als sie abends bis auf 50 Zentimeter in die richtige Lage gebracht worden war, riß plötzlich das Seil, und das schwere Stück sauste unter donnerähnlichem Getöse in die Tiefe. Die Glocke fiel glatt am Turm herunter, riß ein Stück des Gesimses heraus und bohrte sich in die Asphaltdecke der Straße. An der Aufschlagstelle brach ein Stück aus der neuen Glocke heraus. Dank sorgfältiger Absperrung blieben Personen, die in großer Zahl dem Aufwinden der Glocke zusahen, von jeglichem Unfall verschont.

Kahla, 20. Juni. (Ein Mädchen wird ein Mann.) Die 27 Jahre alte Fabrikarbeiterin Anna Emilie Senf von hier hat bei der zuständigen Behörde den Antrag gestellt, künftig den Namen Erich Arno Senf führen zu dürfen. Der Grund dazu ist folgender: Bei der Geburt wurde seinerzeit von der Hebamme nicht richtig festgestellt, ob es sich um einen Jungen oder ein Mädchen handelte, weil gewisse Verwachungen vorlagen. Dadurch war vor einigen Wochen eine Erkrankung eingetreten, durch die in der Jenaer Klinik ein operativer Eingriff nötig wurde, bei dem die vollkommene Männlichkeit festgestellt werden konnte. Nachdem nun die Krankheit behoben ist, ist es ganz selbstverständlich, daß ein grundsätzlicher Wechsel in der Kleidung eintreten mußte und auch der Name geändert wird. Anna Emilie Senf war bisher in der Porzellanfabrik als Glühsaalarbeiterin tätig und Erich Senf wird sich bald als männlicher Arbeiter sein Brot verdienen. Seit Sonnabend zeigt sich Erich Senf als Mann.

Lüneburg, 20. Juni. (Der Funke im Strohwagen.) Hier kam ein Wagen mit Stroh des Reiterregiments unter der Eisenbahnunterführung der Lüneburterstraße durch. An dieser Unterführung werden zurzeit Schweißarbeiten ausgeführt. Einige Funken fielen auf den Strohwagen, der sofort anfing zu brennen. Geistesgegenwärtig zogen die Soldaten die Pferde vor und versuchten durch Umkippen den Wagen zu reiten. Ihr Vorhaben gelang. Die Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Osterode, 20. Juni. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich auf der Bahnhofstraße. Als der Kaufmann Lion mit seinem Motorrad die Bahnhofstraße herauskam, sprangen ihm spielende Hunde vors Rad, sodaß er zu Fall kam und einen leichten Schädelbruch davontrug.

Weimar, 20. Juni. (Zwei Hundertjährige.) In dem kaum 150 Einwohner zählenden thüringischen Städtchen Kindelbrück wohnen zwei Hundertjährige. Die Witwe Auguste Walther ist am 11. Juni 1827 in Kindelbrück geboren und die Witwe Wilhelmine Melzer am 6. Juli 1827 in Schlüingstedt bei Eckartsberga. Beide Frauen haben lebende Kinder, die die Siebzig längst überschritten haben und beide sind, obwohl sie ein Leben der Arbeit und Sorgen hinter sich haben, noch verhältnismäßig rüstig. Wie alt würden diese wohl noch werden, wenn sie sich durch Steinach oder Voronow verjüngen ließen?

— (Zweidiamantene Hochzeiten.) In der Weimarer Stadtkirche haben unter Glockengeläut und unter Beteiligung der Kirchengemeinde zwei diamantene Hochzeiten stattgefunden. Es handelt sich um die Ehepaare Fleischermeister Karl Gengelbach und Frau Johanna, geb. Fisinger, und um den Lithographen Theodor Reineck und Frau Johanna, geb. Lapp. Beide Ehepaare wurden an demselben Tage getraut, und beide Ehepaare haben einst auf derselben Schulbank gesessen.

Sport.

Die erste Veranstaltung der Reichs-Arbeiter-Sportwoche

war der volkstümliche Schwimmabend des Arbeiter-Schwimm-Vereins Wasserfreunde, der gestern, Montag, abends in der städtischen Badeanstalt vor sich ging. Zahlreiche Zuschauer hatten sich eingefunden, um die Schwimmer in ihrem Element zu sehen. Der Abend wurde eröffnet durch einige Gesangsvorträge des Volkschors, unter Leitung von Halter Hermes, die so gut gefielen, daß man sich zu einer Zugabe entschließen mußte. Das eigentliche sportliche Programm wickelte sich dann flott ab und zeigte den Schwimmsport in seiner ganzen Vielseitigkeit. Leider konnte man nicht, wie geplant, einen Reigen aufführen oder eine Pantomime herausbringen, da das für den ersten Tag der Bassinfüllung verboten ist. Aber trotzdem dürften die Zuschauer auf ihre Rechnung gekommen sein. Die einzelnen Programmnummern und Resultate sind folgende Große gemischte Staffel 6 mal 40 Meter: Erste Mannschaft 3,45 Min., zweite Mannschaft 4 Min. Männerrückenschwimmen 40 Meter: 1. Kreng 30 Sek. mit Förster im toten Rennen. Schülerbrustschwimmen 40 Meter: 1. O. Bahn, 40,2 Sek., 2. Leßmann und Rudolf 41 Sek., 3. Wb. Bahn 42,2 Sek. Schülerinnenbrustschwimmen 40 Meter: 1. Hirschhausen 43 Sek., 2. Schmidt und Wernig 44 Sek., 3. Peter 51,2 Sek. Männerlagenstaffel 4 mal 40 Meter: 1. Mannschaft 2 Min., 2. Mannschaft 2,23 Min. Jugendbrustschwimmen 40 Meter: Werny 41,9, 2. Franz 44 Sek. Frauenbrustschwimmen 40 Meter: 1. Ontyb und Grabenhorst in 38 Sek. Mädchenbruststaffel: 1. Mannschaft 3,4 Min., 2. Mannschaft 3,30 Min. Dann folgte ein Schauspringen der Jugend und Kinder beiderlei Geschlechts. Darauf eine Beliebigkeitsstaffel 4 mal 40 Meter. 1. Mannschaft 2,25 Min., 2. Mannschaft 2,28 Min. Frauenrückenschwimmen-Jugend 40 Meter: 1. Werner 43 Sek., 2. Emmelmann 48 Sek. Jugendbrustschwimmen (weibl.) 40 Meter: für Jugend: 1. Werner 40 Sek., Emmelmann 46 Sek. Darauf wurden vom Sportgen. Kunze die Rettungsgriffe und Abwehrgriffe auf dem Lande gezeigt und erklärt und dann im Wasser praktisch vorgeführt. Nach einem Brust-Stil-Schwimmen der Gen. Borchert und Emmelmann folgte dann ein Wasserballspiel zweier kombinierter Wasserballmannschaften, das mit 3:3 unentschieden blieb. Damit hatte der erste Veranstaltung im Rahmen der Reichsarbeitersportwoche hir Ende erreicht.

Arbeiter-Sport-Kartell. Zur Reichssportwoche sind folgende Preise beschlossen: Dauerkarten für alle Veranstaltungen, Erwachsene 1.00 Mk., Arbeitslose 0.50 Mk., Jugendliche bis zum 18. Jahre 0.50 Mk. Die Festabzeichen zum Preise für 1.00 Mk. sind zu haben in folgenden Konsumgeschäften im Vorverkauf zu haben: Kühlingerstraße, Gerberstraße, Martinplan, Gröperstraße, Bakenstr., Beumontstraße und Wehrstedt. Desgleichen bei O. Bollmann, Bakenstr. Sämtliche Vereine sind im Besitze von Festabzeichen. Es ist Pflicht, daß sich alle Mitglieder rechtzeitig mit Festabzeichen versehen. Programme sind zum Selbstkostenpreis von 10 Pfg. zu erhalten. Diejenigen, welche keine Festabzeichen besitzen, haben folgende Preise zu zahlen: Donnerstag, Theaterabend im Elysium, 50 Pfg.; Sonnabend, Sportabend Stadtpark, 50 Pfg.; Sonntag, Sportplatz Anger, 30 Pfg. Sonntag abend, Odeum, 60 und 80 Pfg. mit Festabzeichen und Steuer.

Arbeiter-Sport-Kartell. Zur Reichssportwoche haben folgende Vereine die Kassen und Türkontrolle zu besetzen: Donnerstag Elysium, abends 7 Uhr, Radfahrer und Burgund; Sonnabend im Stadtpark 7 Uhr abends, Sängerbund und Ringsport; Sonntag, Anger-Sportplatz, Freie Volksbühne, Schachklub, Sängerheim, Burgund, Sängerbund. Sonntag, Odeum, 6 Uhr, Radfahrer, Kegler, Thalia. Zu dem am Mittwoch abend stattfindenden Sternlauf zum Holzmarkt haben zahlreiche Ordner zu stellen: Gesangvereine, Kegler und Arbeiter-Samariter. Treffpunkt 7 Uhr Holzmarkt. — Alle die Platzinteressenten, welche am Sonntag auf dem Sportplatz einen Verkaufsstand einrichten wollen, haben sich bei O. Müller, Beckerstraße 3, zu melden.

Arbeiter-Schachklub. Mittwoch, abends 7½ Uhr, treffen sich sämtliche aktiven und passiven Mitglieder auf dem Holzmarkt, da wir uns als Ordner beteiligen müssen. Nach der Veranstaltung müssen sämtliche aktiven Spieler im Vereinslokal anwesend sein, zwecks Aufstellung der Kampfmannschaften zum Städtekampf mit Quedlinburg. Da Quedlinburg mit zwei spielstarken Mannschaften antritt, ist das Erscheinen unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Freiheit". Heute abend alle Schülerinnen und Schüler Punkt 7 Uhr in der Turnhalle zwecks Besprechung des Sternlaufes.

Radfahrer-Verein. Zum Sternlauf treffen sich sämtliche Fahrer und Fahrerinnen am Mittwoch, abends 1/28 Uhr, im Odeum. Kleidung: Sporthose, weißes Hemd oder weiße Bluse und Schärpe. Eine zahlreiche Beteiligung ist Pflicht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kreisfest in Halberstadt.

Der Kreis Halberstadt veranstaltet am 10. und 11. Juli in Halberstadt, Burchardianger, ein Kreis- und Volksfest. Es soll größten Stils durchgeführt werden. Es können sich Bewerber aller Art, wie Fahr- und Schaugeschäfte, Spiel-, Schieß- und Verkaufsbuden sofort beim Obmann des Festausschusses, O. Müller, Beckerstraße 3, melden, mit genauer Angabe welcher Art, sowie Front und Größe des gewünschten Platzes. Republikaner werden bevorzugt. Vorläufiges Programm: Sonntag, den 10. Juli, von früh 9 Uhr ab: Empfang der auswärtigen Ortsvereine sowie auf dem Sportplatz Burchardianger Vorkämpfe der Schutzsportabteilung, nachmittags 1.00 Uhr. Festumzug durch die Stadt nach dem Festplatz, anschließend Unterhaltungen aller Art, sowie Darbietungen einzelner Sportvereine und leichtathletische Wettkämpfe der Schutzsportabteilungen, abends: Festball im „Odeum". Montag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr: großer Kinder-Umzug durch die Stadt nach dem Festplatz. Daselbst Kinderbelustigungen aller Art. Abends großer Lampionumzug für alle Kinder. Es wird gebeten, daß die Bevölkerung von Halberstadt für dieses Volksfest rüstet und es in weitestem Maße diese Veranstaltung unterstützt. Die Schmückung der Straßen und Häuser mit den Farben der Republik und mit Grün, sollen diesem Fest einen besonderen Glanz verleihen.

An alle Ortsgruppen des Kreises Halberstadt.

Am Sonntag, den 31. Juli, findet in Hornburg die Weihe der Fahne der Ortsgruppe Hornburg statt. Allen Ortsgruppen des Kreises Halberstadt wird es schon jetzt zur Pflicht gemacht, sich diesen Tag frei zu halten, um möglichst geschlossen in Hornburg anzutreten.

„Frei Heil!"

Der Kreisleiter. R. Köchig.

Halberstadt. Mittwoch, den 22. Juni, treffen sich sämtliche Kameraden abends 7 Uhr bei O. Bollmann zwecks Absperrung für das Arbeiter-Sport-Kartell, welches an diesem Abend einen Sternlauf nach dem Holzmarkt veranstaltet.

Halberstadt. Achtung! Kameraden, wer irgend kann, besuche die Veranstaltungen der uns nahestehenden Arbeitersportler.

Halberstadt. Am 3. Juli findet in Thale das Bezirksfest des Unterbezirks Quedlinburg-Thale statt. Die Ortsgruppen Halberstadt beteiligt sich möglichst stark an dieser Veranstaltung. Wenn es das Wetter gestattet, wird mit der Fahrt nach Thale, ein Ausflug ins herrliche Bodetal verbunden. Näheres wird die technische Leitung noch bekanntgeben. — Heute abend Sitzung des Festausschusses beim Kameraden Fr. Förstterling, Hunstr. 15.

Veranstaltungen.

Programm zur (unentgeltlichen gebotenen) **Abendfeierstunde im Dom**, Mittwoch, 8 Uhr. Gesänge des Cecilienchores. Choral „Bis hierher hat mich Gott gebracht", Str. 1 und 3, von G. Henne. Andante (es-dur für Orgel) von Fr. Schubert. „Du Hirte Israels" von Bortniansky. Charlottenburger Mausoleum (ernstes Tonbild, für Orgel) von Korb. „Du, meine Seele singe!" (Nach dem Tonsatze S. Bach's). Chromatische Fantasie für Orgel von L. Thiele. „Auf, auf zu Gottes Lob!" von J. W. Franck. Gemeinsamer Vers „Sollt ich meinem Gott nicht singen?"

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Mittwoch, den 22. Juni.

Berlin. 20.30 Aus einem Operettentheater, Kabarett und Opernhaus (Musik), 22.30—23.30 Zu deutschem Trunk (Musik).

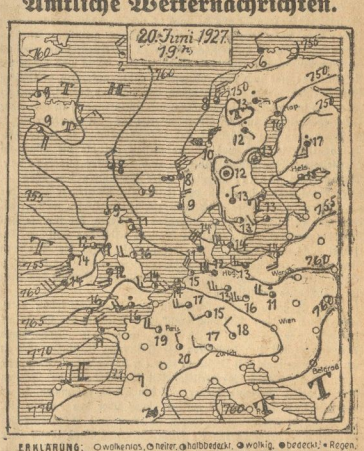
Königswusterhausen. Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 22.45—24 Tanzmusik.

Hamburg. 20.15 Mandolinenkonzert. Darauf Uebertragung aus Cafe Wallhof.

Langenberg. 20.45 Dortmund: Konzert des westdeutschen Kammerchors Hagen.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ≋ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Sturm, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch abend:

Auf der Rückseite des ostwärts weiterziehenden Tiefs traten im Dienstbezirk noch stärkere Regenböen auf. Das neue westlich von Gr.-Britannien erschienene Tief rückt sehr schnell nach, so daß die eintretende Besserung des Witterungscharakters nur von kurzer Dauer sein wird. Für Dienstag ist Aufheiterung und Erwärmung wahrscheinlich Am Mittwoch dürften aber wieder neue Regenfälle zu erwarten sein.

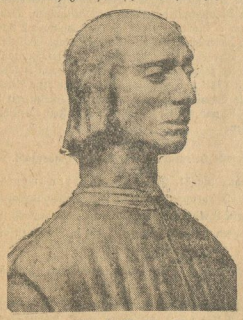
Aussichten: Vorübergehende Besserung des Witterungscharakters.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0007

Macchiavellis Staatsauffassung.

(Zu seinem 400. Todestag, 22. Juni).

Vor vier Jahrhunderten ist der Mann gestorben, der seinen Namen einer berüchtigten politischen Methode gegeben hat:



Niccolo Macchiavelli.

Macchiavellismus ist Machtpolitik, Zweckstreberei, der jedes Mittel — moralisch oder unmoralisch — zur Erreichung eines Zieles recht ist. Eine Minderheit, eine Clique, die eine unechte, unrechtmäßige Macht im Staate behaupten oder erkämpfen will, kann nur durch die Mittel, deren Erfindung und genaue Präzisierung man Macchiavelli zuschreibt, erhalten und erstritten werden. List und Verrat, Betrug und Heuchelei: so schwarz steht Macchiavellis Charakterbild in der Geschichte.

Niccolo Macchiavelli ist 1469 in Florenz als Sohn verarmter Patrizier geboren, kam 1498 an die „Spitze der zweiten Kanzlei der florentinischen Republik", wurde mit verschiedenen hohen Missionen betraut, jedoch 1512, als die Mediceer nach Florenz zurückkehrten, der Teilnahme an einer Verschwörung beschuldigt eingekerkert, gefoltert und schließlich als unschuldig entlassen und aus Florenz verbannt. Den Rest seines Lebens hält er sich meistens auf seiner kleinen Besitzung in der Nähe von Florenz auf und befaßt sich mit geschichtlichen Studien und literarischen Arbeiten. Kleinere Missionen unterbrechen — für Leo X. und den Kardinal Giulio de Medici — die Eintönigkeit der Verbannung.

Macchiavellis Hauptwerk, das Buch der Staatskunst, „Il Principe" („Der Fürst), das dieser Denker dem Lorenzo de Medici gewidmet hat, scheint auf den ersten Blick zu bestätigen, daß Macchiavellis politische Taktik unmoralisch, seine Gesinnung von skrupelloser Brutalität, sein Staatsgedanke einseitig ist: Menschenglück und Nationalwohl nur Spiel autokratischer Willkür sind. Aber in seiner Zeit, in der Zeit des feudalen Despotismus, in der Zeit der legitimen Autokratie; in einer Zeit, da Volk und Mensch nur als Material für die herrschende Oberschicht genommen wurde; in einer Zeit, da Kirche und Adel eine untrennbare und fast überirdische Sanktion hatten, — damals war dieses Buch Macchiavellis ein Schritt nach vorwärts. Das erste Aufdämmern der bürgerlichen Revolution kündigte sich im „Fürsten" an und sprach sich noch deutlicher in seinen „Dicorsi sopra la prima decade di Tito Livio" („Gespräche über die erste Dekade des Titus Livius") aus. Da ein Einzelner auszusprechen wagte, daß Religion nur Mittel zum Zweck, jedoch kein gültiges Gesetz sei; daß Staatsformen zerbrochen, umgewandelt und neu geschaffen werden können; da einer aufstand und lehrte, daß die Geschichte der Staaten eine ewige Wiederholung, ein fließender Wechsel und keine göttliche Bestimmung von Ewigkeit her sei: in diesem Moment war die Axt an den Stamm des Feudalsystems gelegt.

Es gibt Stellen im „Fürsten", die in ihrer Einstellung zum damals Bestehenden — also Heiligen — von anarchistischer Kühnheit sind. Was Macchiavelli von der Erwerbung geistlicher Fürstentümer sagt („Es ist äußerst schwer, sie zu erwerben; man gewinnt sie entweder durch persönliches Verdienst oder Glück und behauptet sie ohne das eine und das andere; sie ruhen auf alten religiösen Fundamenten, welche so haltbar sind, daß man sich darauf, man verfahre und lebe auch, wie man wolle, behaupten kann.") ist von einer Ueberlegenheit, die in dem Gedankenkreise der Zeit unerhört ist.

Wenn man den „Fürsten" und die „Gespräche" in dieser Einstellung liest, so steht eine reinere Gestalt auf als die allgemein überlieferte. Man glaubt heute — und Historiker wie Herder, Macaulay, Ranke bahnten dieser Auffassung den Weg —, daß Macchiavelli keineswegs der skrupellose Abenteurer war, der das Volkswohl der feudalistischen Herrschsucht verkaufen wollte, sondern man hält ihn für einen glühenden Patrioten, der für die Heilung des verzweifelten Zustandes Italiens selbst das Gift der Tyrannei nicht verschmähte. Die Regentschaft durch die Medici über ein einziges Italien erschien ihn wünschenswerter als die Herrschaft vieler kleinen Tyrannen, deren eigensüchtige Kämpfe den Körper des Landes zerfleischen.

Welche Bedeutung „Der Fürst" in seiner Zeit und später hatte, erkennt man in dem „Antimachiavelli", den Friedrich der Große als Kronprinz von Preußen schrieb. Der aufgeklärte Despotismus Friedrichs ergriff den Gedanken der Loslösung fürstlicher Gewalt von der Kirche wohl mit Freuden; aber der Thronfolger polemisierte gegen die moralische Verurteilslosigkeit Macchiavellis zu Gunsten einer liberalen Ideologie, die er, auf den Thron gekommen, seiner eigenmächtigen Gewaltpolitik zuliebe schnell über den Haufen ritt.

Die Werke Macchiavellis waren in ihrer Zeit Dokumente des Fortschritts. Aber während die historische Entwicklung längst über diesen Ahnen einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinweggeschritten ist, bedient sich jede reaktionäre Strömung seiner Lehre, seines Programms, das in unserer Zeit — im 20. Jahrhundert, im Jahrhundert des Kampfes der vierten Klasse um die Staatsmacht — ein Anachronismus ist. Und es ist kein Zufall, daß Benito Mussolini als faschistischer Ministerpräsident seinen Doktorgrad mit einer Arbeit über Macchiavelli erworben hat. Aber das individualistisch-bürgerliche Prinzip, das in Macchiavellis Schriften seinen ersten Ausdruck fand, kann heute, in einer Zeit der Massenbewegung, keine natürliche Wurzel mehr finden. Und Mussolinis Staatskunst, die sich auf Mazchiavellis Willen des Einzelnen beruft, ist nichts als eine künstliche und atavistische Züchtung, ein Fremdkörper in der lebendigen, vorwärtstreibenden Wirtschaftsentwicklung der Welt.

Kurt Offenbach.

Sommer der Musik.

Der „Sommer der Musik", den Frankfurt a. M. jetzt eröffnet hat, verspricht Darbietungen von einer kaum jemals gebotenen Reichhaltigkeit. Vor allem soll er und die mit ihm verbundene Ausstellung „Musik im Leben der Völker" eine am Beispiel der Musik sinnfällig gemachte Darstellung des Begriffs der Kultur werden. Alles spielt sich auf dem Gelände ab, das sonst der Frankfurter Messe dient; eine völlig neue Ausstellung ist da, in Anlage und innerer Durchbildung als Neuschöpfung stileinheitlich und zeitgemäß. Ihre Erstehung verdankt die Ausstellung dem Organisator Otto Ernst Sutter (die Idee selbst stammt von Ludwig Koch), und die bauliche Form schufen Stadtbaurat Elsässer, Architekt Hebebrand und Baurat Gröhrich mit zahlreichen Helfern. In Anwesenheit von Vertretern der Stadt Frankfurt, der Reichsregierung und prominenter Persönlichkeiten des Auslandes wurde die Ausstellung am 11. Juni eröffnet.

Das ideale Kernwerk der Internationalen Ausstellung „Musik im Leben der Völker" bilden die musikhistorische und die ethnographische Abteilung, die das museale Prinzip in ausgezeichneter plastischer Weise vorführen und systematisch eine Entwicklungsgeschichte der Musik der Welt lebensvoll aufzeigen. Außerdem sind zahlreiche Sondergruppen vorhanden, so die Einzelschau des Auslandes, in der jeder Staat seine Musikliteratur ausbreitet, ferner eine Abteilung Instrumentenbau, dann „Fünfzig Jahre Sprechmaschine", das Rundfunkwesen, der Musikverlag und die Musikliteratur usw. Als Dauerbesitz für Frankfurt verbleiben wird ein schöner neuartiger Kammermusiksaal und der mächtige Konzertsaal mit der Walkerschen Riesenorgel. Das Programm dieses „Sommers der Musik" weist eine solche Fülle von Darbietungen auf, daß jedermann — der einfache Musikfreund wie der höchst anspruchsvolle Kenner — befriedigt werden wird. Die Arbeiterschaft hat mit der Fertigstellung der Schau eine außerordentliche Leistung vollbracht und zeigt auch sonst das höchste Interesse für die gesamte Veranstaltung. Gerade dieses Moment wurde bei der Besichtigung von den Organisatoren der Ausstellung rühmend hervorgehoben.

Ein Orchester von 220 Musikern. Der Deutsche Musiker-Verband veranstaltete anläßlich seiner Magdeburger Tagung am 16. Juni zwei Konzerte, die der künstlerischen Erziehungsarbeit des Verbandes das günstigste Zeugnis ausstellen. In einem Vormittagskonzert spielte das Orchester der Charlottenburger Orchesterschule, bestehend aus etwa 80 Zöglingen im ersten Semester, unter Leitung von Professor Gmeindl Beethoven's Egmont-Ouvertüre", den „Nachmittag eines Fauns" von Debussy und die Sinfonie „Aus der Neuen Welt" von Dvorak. Diese Vierzehn- bis Fünfzehnjährigen leisteten, wenn sie auch noch keine vollendeten Ensemblespieler sind, Erstaunliches an Tonreinheit und rhythmischer Sicherheit. Von hier aus führen aussichtsreiche Wege in die Zukunft unserer deutschen Orchestermusik. Die Erwachsenen und Fertigen taten sich am Abend unter Leitung von Professor Abenroth zu einem Festkonzert zusammen, bei dem Jeder mit Begeisterung sein Bestes bot. Selten wird man ein so auserlesenes Orchester zusammenfinden. Da waren 220 erste Kräfte am Werke aus staatlichen und städtischen Orchestern von Magdeburg, Berlin, Braunschweig, Dessau, Halle, Hannover und Leipzig. Vor einem feierlich gestimmten Publikum von 3000 Personen wurde ein fast überreiches Programm zu Gehör gebracht, das sich zusammensetzte aus der „Oberon"-Ouvertüre von Weber, der „Musik für Geige" des allzu früh im Felde gefallenen Rudi Stephan, „Tod und Verklärung" von Richard Strauß, ferner der Ersten Sinfonie von Brahms und der „Tannhäuser"-Ouvertüre. Mag sein, daß ein einheitlicher Orchesterkörper wie die Berliner Philharmoniker in den Einzelheiten genauer zusammengeht — die Musizierfreudigkeit und die Hingabe an die eigene Sache und den Ruhm des Standes wird man in diesem Maße kaum wiederfinden.

Ein Sechzigjähriger.

Julius Meier-Graefe.

(Originalzeichnung von Dolbin)

der bekannte deutsche Kunstschriftsteller, beging am 10. Juni seinen 60. Geburtstag.

Das Dienstmädchen und die Florstrümpfe.

Auch ein Beitrag zur Weltenwende.

„Ich weiß gar nicht, was für ein Geist über unser deutsches Volk gekommen ist . . .!"

„Pardon, gar keiner. Sondern einfach der Ungeist der Reaktion!"

Die kleine Beamtenfrau aus Gruppe VII warf mir einen glupschen Blick zu und fragte mich, ob ich nicht noch etwas Kaffee nehmen wolle. Schließlich fuhr sie fort:

„Die Menschen, die sind heute so widerspenstig, so hoch hinaus geworden.

Sie ist zum Beispiel mein Dienstmädchen. Wissen Sie, was die sagt? Die sagt, ich ziehe mich nicht fein genug an! Verstehen Sie: ich mache nicht genug Staat mit meiner Kleidung. Sie kann es nicht begreifen, daß ich noch immer die langen Röcke von vor drei Jahren tragen kann.

Neulich hat sie sich ein paar Florstrümpfe gekauft. Ich sage Ihnen: Flor, Flooor — wie Schaum. Vier Mark zwanzig hat das Paar gekostet. Sie kann es sich ja von ihren dreißig Mark monatlich leisten. Ich nicht. Wenn sie mir ausdrücklich gesagt hat, ich soll mir doch auch mal so'n Paar leisten.

Was sagen Sie dazu?! Das is nu so ihr Sozialismus!"

Ja, was hätte ich dazu sagen sollen? Ich hätte diese „Denk"-weise schwangvoll kritisieren können. Etwa so:

„Erlauben Sie: Was Sie mir da über Ihre Hausangestellte erzählen, das hat mit Sozialismus ungefähr ebenso viel zu tun wie Kapitalismus mit Kultur.

Sie, meine Dame, rechnen sich zu dem sogenannten „Mittelstand", der seit Jahrzehnten nur noch in der Form des Kleinbürgertums vorhanden ist und diesen Namen reichlich verdient hat. Das Kleinbürgertum will gar nicht „Mittelstand", Mittelglied und Bindeglied zwische Proletariat und Großbürgertum sein, sondern alle Zugehörigen dieser „Klasse" (die keine ist) sind bewußt kleine Bourgeois, „Kleinbürger". Lehnen jede Annäherung an das, was nur „Arbeiter" ist, ab und tragen mit Begeisterung die halb passee gewordenen Ideologien der Mammonsklasse auf.

Dieses Kleinbürgertum hat noch nie das zu erkennen vermocht, was Christus die „Zeichen der Zeit" nannte. Auch heute, wo wir in einer Uebergangs- und Untergangszeit ganz großen Formats stehen, wo wir es erleben, daß die menschliche Gesellschaft im Begriff ist, sich bis in ihre letzten Wurzeln hinein zu wandeln, heute sieht der Kleinbürger von dieser Weltenwandlung nur ein paar der allerkleinsten Aeußerlichkeiten.

Er sieht sie; dann deutet er sie falsch und dann schimpft er. Und schimpft natürlich nach der falschen Richtung. Schimpfen — wenn das bis dato nicht erfunden wäre, hätte der deutsche Kleinbürger es aufgebracht. Er schimpft über alles und jedes, ohne zu wissen: warum Er wird weiterschimpfen und wird so bleiben, bis er nach dem Herunterbeten seiner schmalen Statistenrolle von der historischen Bühne abtreten muß.

Der letzte Kleinbürger wird, bevor er in den Sarg steigt, noch einen grimmigen Fluch ausstoßen über das gottlose Ding von Dienstmädchen, das ihn monatlich 30 ℳ gekostet hat und daß sich neulich wieder ein paar Florstrümpfe gekauft hat.

„Gönnen wir's ihm."

So ungefähr hätte ich sprechen können. Aber erstens wäre das im kleinbürgerlichen Sinne „unpassend" gewesen, und zweitens „verlorene Liebesmüh'". Denn der waschechte Kleinbürger (männlichen und weiblichen Geschlechts) ist Anti-Sokratiker und weiß nie, daß er nichts weiß, sondern weiß stets, daß er alles, alles besser weiß, als alle, alle anderen zusammen es wissen können.

Bernhard Heiligenstädt.

Opernerstaufführung in Dresden. Im staatlichen Opernhaus in Dresden kam das musikalische Volksstück „Howantschina" (russisch: Chowanschtschina") von Mussorgskij zur Aufführung. Nach dem herrlichen „Boris Godunom" ist das Werk ein Abstieg, ein — geräuschvoller Leerlauf. Obzwar die Musik, von Rimsky-Korsakoff für das Orchester bearbeitet (den Komponisten ereilte während des Schaffens der Tod) schön klingt und das schwache dramatische Geschehen ebenso wirksam ausdrückt, wie sie in seltsam schwermütigen, volksliedhaften, oft feierlichen Melodien schwelgt — den schauderhaften Text, den sich Mussorgskij selbst geschrieben hat, vermag sie doch nicht erträglich zu machen. Schon in der ersten halben Stunde verliert sich die Fabel, die einen Streit unter den Bojarenfürsten Rußlands im 17. Jahrhundert (im Zeitalter Peters des Großen) behandelt, und ganz andere Motive kommen auf. Sadistische Greuel, Sektiererphilosophie, gestammelte Angst um das Wohl des Vaterlandes, eine angefangene Liebe, Verrat, Mord, endlich Verbrennung der Gläubigen auf dem Scheiterhaufen — das alles wirbelt durcheinander, zusammenhanglos, undramatisch, widerlich und langweilig. Von menschlicher Gestaltung keine Spur — Theater, übelstes Theater. Daß das Werk dennoch freundlich aufgenommen wurde, ist der szenisch wie auch musikalisch vorzüglich geleiteten Aufführung und den Kräften der Oper zu danken, die mit überwältigender Schönheit sangen und spielten.

Briefe an das Tageblatt.

Eine sexualpädagogische Woche.

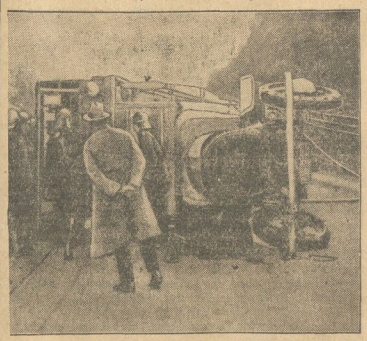
Allerhand wichtige Veranstaltungen hat unsere Stadt in den letzten Jahren gesehen: Wir haben eine außenpolitische, eine Gesundheitswoche, ein Musikfest usw. gesehen. Aber an einem der wichtigsten Probleme sind wir bisher vorübergegangen. Am sexuellen Problem. Während man in öffentlichen Veranstaltungen zu allen Fragen Stellung nimmt, vermeidet man es ängstlich, sexuelle Fragen zu erörtern. Und doch beweist gerade das Anwachsen der Literatur auf diesem Gebiete, wie brennend im gesellschaftlichen Interesse diese Fragen sind.

Von berufener Institution, also der Volkshochschule, sollte deshalb die Initiative ergriffen werden zur Organisierung einer sexualwissenschaftlichen oder sexualpädagogischen Woche. Aerzte, wie der berühmte Sexualwissenschaftler Dr. Magnus Hirschfeld-Berlin, in Anlehnung an die stattgefundene Magdeburger Woche vielleicht auch Dr. Löwenstein und Dr. Hodann-Berlin, sollte man gewinnen für einige Vorträge. Auch eine Literaturausstellung könnte man damit verbinden.

Wie stellt sich unsere Volkshochschule zu diesem Vorschlag?

Das schwere Autobusunglück in Berlin.

27 Personen verletzt.



Der umgestürzte Wagen.

Im Westen Berlins hat sich ein schweres Autobusunglück ereignet. Ein Wagen der Linie 5 stürzte, als der Chauffeur einem ungeschickten Radfahrer ausweichen wollte, in voller Fahrt um. 27 Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Wie durch ein Wunder hat sich beim Umsturz des dicht besetzten Wagens kein Todesfall ereignet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthens, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4536 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 143. Mittwoch, 22. Juni 1927. 2. Jahrgang.

Einig mit Stresemann.

Amtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett nahm in seiner am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundsrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

*

In der Provinz heult und tobt die deutschnationale Intelligenzpresse gegen Stresemann und alles, was mit Genf und Locarno zusammenhängt, lästert den Völkerbund und freut sich, daß Poincare am Sonntag wieder eine so schöne Rede gegen die Verständigungspolitik gehalten hat, wodurch dem nationalistischen Völkerbaß hoffentlich bald wieder freie Bahn geschaffen wird. Zu gleicher Zeit sprechen die deutschnationalen Minister Herrn Stresemann ihren Dank und ihr Vertrauen aus. Wenn die Deutschnationalen, wie es nach den aufgeregten Auslassungen ihrer Presse scheinen könnte, eine Kritik an der Geringfügigkeit der in Genf erzielten Resultate üben und gleichzeitig Vorwürfe wegen der Zugeständnisse in der Frage der Offestungen erheben werden, so wird man ihnen mit Recht erwidern, daß keine Konzession gemacht worden ist, mit der ihre eigenen Vertreter im Kabinett nicht einverstanden waren. Und außerdem werden ihnen die Sozialdemokraten den Hinweis darauf nicht schenken, daß gerade seitdem die Freunde des Grafen Westarp in der Regierung sitzen, in der auswärtigen Politik auch nicht mehr der geringste Erfolg erzielt worden ist.

Die auswärtige Politik wird voraussichtlich am Donnerstag im Anschluß an eine sozialdemokratische und kommunistische Interpellation Gegenstand der Behandlung im Plenum des Reichstages sein. Auf eine vorherige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses legt Herr Stresemann keinen Wert. Er hat also nicht das Bedürfnis, sich über die Genfer Vorgänge vor einem Gremium zu äußern, dessen Besprechungen vertraulich sind, und man darf daraus hoffentlich den Schluß ziehen, das er bereit ist, in der Oeffentlichkeit freimütig nicht nur über die eigentliche Ratstagung, sondern auch über die privaten Konferenzen der Ratsdelegierten zu sprechen. Es muß ihm schließlich daran gelegen sein, den Deutschen Reichstag und das deutsche Volk aus dem Bereich von allerlei Kombinationen und Vermutungen auf den festen Boden der Wirklichkeit zu führen und ihm insbesondere darüber Klarheit zu verschaffen, welche Stellung die Vertreter der Großmächte in Genf zu dem russischen Fragenkomplex eingenommen haben.

Von den beiden Interpellationen ist die sozialdemokratische mit Absicht sehr allgemein gehalten, da sie nur den Zweck verfolgte, den Außenminister überhaupt zu einer Erklärung vor dem Plenum zu veranlassen. Die kommunistische knüpft an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland an, stellt die Einleitung eines „diplomatischen, ideologischen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Kreuzzuges unter Führung Englands gegen die Sowjetrepublik" als sichere Tatsache hin und verlangt von der Reichsregierung eine Rechtfertigung für ihr Einschwenken in die Antirußlandfront und für ihre imperialistische Politik.

Die kommunistischen Fragen, denen somit die Interpellanten die Antworten sozusagen selbst beifügen, dürften dem Reichsaußenminister nicht allzuviel Kopfschmerzen machen. Er wird einfach sagen, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, falsch sind. Deutschland nicht in eine antirussische Front eingeschwenkt ist und Chamberlain an die deutsche Regierung keinerlei Aufforderung zu einem solchen Manöver gerichtet hat. Er kann sich dann schließlich auch noch auf die Aeußerung der „Iswestija" berufen, die ganz im Gegensatz zu den deutschen Kommunisten, die wieder einmal russischer sind als die Russen selbst, ein Abweichen Deutschlands von der Linie der Neutralität in Abrede stellt und die deutsche Politik fast dazu beglückwünscht, daß sie sich auf diese Weise freie Hand bewahrt habe.

Gerade die kommunistische Interpellation wird Stresemann die Rechtfertigung bringen, die er sich selber wünscht.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben inzwischen ebenfalls eine Interpellation über die Außenpolitik eingereicht. Sie werden sich jedoch voraussichtlich an der außenpolitischen Debatte nicht beteiligen, sondern ihre Auffassung in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck bringen lassen.

Also: Sieg Stresemanns auf der ganzen Linie, trotz offenkundigsten Mißerfolges! So gut möchten es vielleicht die Minister in anderen Ländern, wo der Erfolg entscheidet, auch mal haben.

*

Kommentar.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Zu der Haltung des Kabinetts gegenüber Stresemann schreibt die „Tägliche Rundschau": „Man wird wohl in der Annahme nicht fehl gehen, daß der Dank, den das Kabinett der Delegation aussprach, zugleich eine Billigung für die Haltung der Delegation war. Wie verlautet, hat der Verlauf der Besprechung gezeigt, daß das Kabinett in allen wesentlichen Punkten mit der Haltung der Delegation einverstanden ist. Besondere Wichtigkeit wird man dem Schlußsatz der amtlichen Mitteilung beimessen können. Es geht daraus hervor, daß das Kabinett von vornherein die Verantwortung für die Erklärungen mit übernimmt, die Stresemann in der bevorstehenden Aussprache des Reichstages über die Genfer Tagung abgeben wird".

Der „Vorwärts" bemerkt: „Nach den Angriffen, die die Tätigkeit der deutschen Delegation in den Blättern der Rechten gefunden hat, ist die Meldung, daß ihr vom Reichskabinett der Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen wurde, von einer gewissen politischen Bedeutung. Das Bürgerblockkabinett hält also die Solidarität mit Stresemann, der von der Deutschnationalen Presse so heftig befehdet wird, wenigstens nach außen, aufrecht, allerdings wäre es unvorsichtig, wenn man aus dieser Meldung auf die innere Geschlossenheit des Kabinetts einen Schluß ziehen wollte".

Erhöhung der Beamtengehälter.

Nicht vor dem 1. Oktober.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages befaßte sich am Montag mit der Neuregelung der Besoldungsordnung. Abg. Brodauf (Dem.) ersuchte die Reichsregierung, eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung, rückwirkend ab 1. April, alsbald einzubringen, so daß sie noch vor den Sommerferien des Reichstages in Kraft treten kann oder doch ab 1. Juli mindestens Vorauszahlungen auf die Erhöhung erfolgen können. Abg. Bender (Soz.) verlangte, daß den Reichsbeamten der Besoldungsgruppen 1 bis 7 rückwirkend auf die neue Besoldungsordnung vom 1. April ab Vorauszahlungen in der Höhe von 20 R.M. monatlich gezahlt werden sollen. Entsprechende Vorauszahlungen sollen auch den Empfängern von Wartegeld, Ruhegehalt, Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenbezügen gewährt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab darauf die Erklärung ab, daß die Reichsregierung sich entschlossen habe, ab 1. Oktober eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung durchzuführen. Hiervon sollen aber nicht nur einzelne, sondern alle Besoldungsgruppen erfaßt werden. Die Gehaltserhöhung würde für das Reich einen Mehraufwand von weit über 100 Millionen Mark erfordern, ohne Berücksichtigung der Kosten für die Beamten der Eisenbahn und der Postverwaltung. Automatisch müssen dann natürlich auch die Bezüge der Kriegsbeschädigten erhöht werden. Dadurch würde der Gesamtmehrbetrag

mehrere hundert Millionen Mark

ausmachen. Die Erhöhungen könnten natürlich nur dann eintreten, wenn bis zum Herbst keine wirtschaftliche Katastrophe eintritt. Für die Deckung müßte natürlich auch Post- und Eisenbahn aufkommen. Ferner sei zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen folgen soll und ebenso die Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechende Berücksichtigung finden. Natürlich müßten diesen allgemeinen Erhöhungen auch die Länder und Gemeinden folgen. Irgendwelche Zuschüsse könne das Reich aber dafür nicht in Aussicht stellen. Die Mehrkosten müßten Länder und Gemeinden selber aufbringen. Vor dem 1. Oktober aber sei diese große Belastung finanziell nicht tragbar.

Die Besoldungserhöhung wird am nächsten Freitag vom Haushaltungsausschuß in Anwesenheit der Finanzminister der Länder weiter geprüft.

Unzufriedene Agrarier.

Die beabsichtigten Zölle sind noch lange nicht hoch genug.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Der Reichslandbund bezeichnet in einer Erklärung die in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze als eine schwere Enttäuschung für die Landwirtschaft. Ein autonomer Kartoffelzoll von 1 Mark für den Doppelzentner sei völlig unzureichend. Er erwarte vom Reichstag eine erhebliche Heraufsetzung des autonomen Satzes. Ferner bedauert der Reichslandbund, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende, für Frischmilch überhaupt keine Zollregelung vorgesehen ist. Diesen Fehler der beabsichtigten Tarifregelung müsse der Reichstag ausgleichen. Reichsregierung und Reichstag dürften in kommenden Handelsvertragsverhandlungen unter keinen Umständen eine Schädigung der deutschen Schweinehaltung zulassen. Zusammenfassend wird erklärt, daß der Reichslandbund in der vom Reichskabinett geplanten Neuregelung des Zolltarifes eine Schädigung der Grundlagen insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft und der ländlichen Neusiedlungen erblicken müsse.

*

Die demokratische Reichstagsfraktion

hat am Montag an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Vorlage über die Verlängerung des Zolltarifes und der Erhöhung einer der wichtigsten Tarifsätze bisher dem Reichstage nicht unterbreitet worden ist. Gleichzeitig wird angekündigt, daß die demokratische Fraktion dem Versuch, in letzter Stunde vor den Ferien die Durchpeitschung der Vorlage zu erzwingen, entschiedenen Widerspruch entgegensetzen würde.

Hindenburgfeier.

Zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten am 2. Oktober.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Das Reichskabinett hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten am 2. Oktober beschäftigt und beschlossen: 1. Eine Hindenburgspende zu veranstalten, die vor allem den Kriegshinterbliebenen zufließen soll; 2. eine Hindenburgbriefmarke zu schaffen. Diese Marke wird am 2. Oktober als Wohlfahrtsmarke in den Verkehr gelangen. Sie wird mit dem doppelten Preis verkauft werden und der Mehrerlös soll für soziale Rentner, notleidende Mittelstandsangehörige usw. Verwendung finden. Voraussichtlich wird die Marke in drei Werten zu 5, 10 und 20 Pfennig ausgegeben werden. Sie trägt das Bild des Reichspräsidenten und die Aufschrift: „2. Oktober 1847 — 1927".

Begräbnis der Postgebühren-Erhöhung.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkm.). Die Vorlage auf Erhöhung der Rundfunkgebühr von 2 auf 3 Mark, die dem Verwaltungsrat der Reichspost zugegangen war, ist zusammen mit der Vorlage der Portoerhöhungen zurückgezogen worden und soll auch nicht mehr zum Vorschein kommen, zumal man durch zahlreiche Abbestellungen keinen wesentlichen finanziellen Mehrertrag erwartet.

Schankstätten-Gesetz.

Reichstagsdebatte über den Alkohol.

Am roten Faden verläuft der Gesetzentwurf

nur eine Zusammenfassung der jetzt schon in verschiedenen deutschen Ländern vorhandenen Bestimmungen. Der Schankstättenbetrieb wird von einer Konzession abhängig gemacht und die Voraus-

mit der ersten Bera-
llt. Seit einer Reihe
ers mit der Alkohol-
daß der Alkoholver-
kulturelle Angelegen-
en Kämpfen um das
ng in beschaulicher
Reichsregierung vor-
egung nicht wert ist.
chtig herum.
tung, die die bürger-
en Abgeordneten ge-
zwar immer wieder
ndämmen, aber eben-
gendwelchen Schaden
charakterisiert diese
n Deutschnationalen
öge ein Gesetz zum
erlegen. Statt dessen
diesem Gebiete ab-
Jahren für erhöhten
und gegen schlechte
pft wird, die jetzt die
gzuliefern am Werke

setzung für diese Konzession ist die Anerkennung, daß ein Bedürfnis vorliegt. Der Flaschenbierhandel wird entgegen den einmütigen Forderungen der Gastwirte nicht konzessionspflichtig gemacht. Im einzelnen läßt der Gesetzentwurf den Ländern und Gemeinden großen Spielraum. Nach wie vor wird die Konzessionierung ziemlich stark der Verwaltungswillkür ausgeliefert werden. Das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht, also die Selbstbestimmung der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde, in welchem Umfange in dieser Gemeinde Alkohol ausgeschänkt werden darf, ist in diesem Gesetz nicht aufgenommen.

Die Begründungsrede

hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er bezeichnete als den Zweck des Gesetzes, es solle den Landesbehörden die Möglichkeit geben, das weitere Entstehen von Schankstätten zu verhindern. Eine Trockenlegung Deutschlands sei von der Regierung nicht beabsichtigt. Eine solche Absicht hat u. W. auch keine nennenswerte Gruppe in Deutschland gehabt.

Die Stellung der Sozialdemokratie

entwickelte eine Frau aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet,

Abg. Frau Schulz-Westfalen (Soz.):

Wie groß die Alkoholgefahr ist, sieht man deutlich an dem rapiden

Anwachsen der Alkoholkranken in den Kranken- und Irrenhäusern.

Wenn gesagt wird, daß die Trinkerfürsorge nicht die gleiche Zunahme zeige, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß der Alkoholmißbrauch nachgelassen habe, sondern vielmehr auf die aufklärende Arbeit, die in den Arbeiterkreisen geleistet wird und auch auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270622-19/fragment/page=0009